

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

58. Sitzung
16. Oktober 2025

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 14.00 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

[0263](#)
UK

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

**Hier: Einzelplan 07 Kapitel 0700 bis 0721, 0740 (alle
Titel mit Bezug zu Klimaschutz und Umwelt), 0750
bis 0752 sowie
Einzelplan 27 Kapitel 2707 – Aufwendungen der
Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und
Umwelt (alle Titel mit Bezug zu Klimaschutz und
Umwelt)**

– 2. Lesung –

In die Beratung wird einbezogen:

Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 02.10.2025 [0263-2](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. UK
Lesung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz
Haushaltsberatung 2026/2027 – Ausschuss UK

Nachtrag zur Sammelvorlage SenMVKU – Z F – vom 06.10.2025 [0263-3](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. UK
Lesung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz
Haushaltsberatung 2026/2027 – Ausschuss UK

2. Nachtrag zur Sammelvorlage SenMVKU -- Anlagen [0263-4](#)
zu den Berichten Nr. 5 und Nr. 79 ff. – Z F – vom UK
15.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1.
Lesung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz
Haushaltsberatung 2026/2027 – Ausschuss UK

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ führt einleitend aus, dass die Basis der Beratung die Synopse mit den 67 Änderungsanträgen der Fraktionen sowie die am 02.10.2025 eingereichte Sammelvorlage des Senats mit 232 Berichten, mit Nachreichungen am 06.10.2025 und am 15.10.2025, seien Die Synopse und die Sammelvorlage seien unter den Vorgangsnummern 0263-1 bis 0263-4 auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar. Zuerst erfolge die Generalaussprache, dann folge die Einzelberatung über die dem Ausschuss überwiesenen Kapitel und Titel samt Abstimmung über die Änderungsanträge. Neue Änderungsanträge könnten auch in der laufenden Sitzung schriftlich eingereicht werden. Bei mehreren Änderungsanträgen zu demselben Titel würden die Änderungsanträge aufsteigend nach der Stärke der Fraktionen abgestimmt. Abschließend werde über die dem Ausschuss überwiesenen Kapitel und Titel des Einzelplans 07 sowie das Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – in Gänze abgestimmt.

Weiteres Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.

Generalaussprache

Danny Freymark (CDU) führt aus, dass die Koalition mit ihren Änderungsanträgen teilweise Kürzungen wieder zurücknehme. Durch Unterstützung der Verkehrspolitiker/-innen sei es möglich, Mittel im Einzelplan vom Verkehrs- in den Umweltbereich umzuschichten. Dazu werde dem Beschlussprotokoll eine Notiz mit den gewünschten Änderungen für den Hauptausschuss beigelegt. Besonders im Bereich Bäume würden Kürzungen zurückgenommen. – Er bedanke sich bei der Senatsverwaltung, der SPD-Fraktion als Koalitionspartner und dem Ausschussbüro für die geleistete Arbeit sowie bei den anderen Parteien und Initiativen, die sich konstruktiv beteiligt hätten.

Bezüglich des intensiv debattierten Baumentscheids sei die Koalition gewillt, das BäumePlus-Gesetz zu übernehmen. Dazu würden die Kürzungen im Bereich Bäume wieder auf die ursprüngliche Summe von 3,25 Mio. Euro zurückgenommen. Der CDU-Fraktion sei auch der Bereich Wasser wichtig. Bei der Schwammstadt werde nachgebessert, und im Bereich der Kleingewässer gebe es einen kleinen Aufwuchs. Dieser sei aber nicht ausreichend, um die Aufgaben vollständig abzudecken. Daher behalte es sich die Koalition vor, auch beim Sondervermögen Punkte anzumelden. Angesichts der nötigen Haushaltskonsolidierung könnten bei vielen weiteren Themen wie etwa BENE, das BEK, aber auch Toiletten, Trinkbrunnen, grüne Dächer und weiteres die Kürzungen aber nicht zurückgenommen werden. Die Gefahr, dass damit auch die Klimaschutzziele bis 2030 nicht mehr erreicht werden könnten, sehe er aber nicht. Mit dem Klimapakt würden über die landeseigenen Gesellschaften bis 2030 Investitionen mit über 10 Mrd. Euro im Bereich Klimaschutz getätigt. Dazu würden leider auch Schulden zur Eigenkapitalzuführung aufgenommen. Die landeseigenen Betriebe machten ein Drittel des Primärenergieverbrauchs in Berlin aus, sodass dies ein starker Hebel sei, die CO₂-Emissionen zu reduzieren und als Vorbild wirken zu können. Dass 100 Mio. Euro für den Klimaschutz im Kernhaushalt gekürzt würden, sei ein Rückschlag, aber mit den 10 Mrd. Euro Investitionen des Klimapakts sei die Zielerreichung bis 2030 realistisch. Außerdem werde noch versucht, über den Hauptausschuss weitere Mittel in den Umwelt- und Klimabereich zu bewegen. Weitere Möglichkeiten könnten sich über den Baumentscheid eröffnen.

Konkret solle die wichtige Stiftung Naturschutz gestärkt werden. Über den Stiftungsrat hätten alle Fraktionen die Möglichkeit, sich dort konstruktiv zu beteiligen. Es sei erfreulich, dass es wohl gelinge, das Haus der Stadtnatur auch mit SIWA-Mitteln zu realisieren. Das zeige, dass für den Umweltbereich auch andere Beträge außerhalb des Kernhaushalts der Umwelt- und Klimaschutzkapitel im Einzelplan 07 bereitstünden. Zur Stärkung der Stiftung würden 1,5 Mio. Euro bereitgestellt. Dies diene der Tarifierung, der Abwendung von Entlassungen und der Übernahme zusätzlicher Aufgaben wie dem Moorschutz.

Für die Sauberkeit der Stadt würden auch die Kürzungen beim Aktionsprogramm Saubere Stadt zurückgenommen. Die Kieztage sollten weiterhin abgebildet werden. – Das bewährte „Parkläufer“-Programm solle erhalten werden. Es habe gut funktioniert und habe viele Unterstützer auch in der Politik. – Die BWB seien ein wichtiger und starker Partner der Stadt und hätten mehr Zuständigkeiten von der Abwasserbeseitigung bis zum Wassermanagement bekommen. Die Kürzungen bei den Trinkbrunnen und dem Gewässerschutz erschwerten aber die Arbeit. Möglicherweise könnten über das Sondervermögen weitere Mittel genutzt werden. Die Trinkbrunnen sollten aber weiterentwickelt werden, damit sie ganzjährig nutzbar seien.

Unproportional seien die Kürzungen beim Pilotprojekt für die bestäuberfreundliche Stadt gewesen. Mit der SPD-Fraktion sei es gelungen, die Kürzungen zurückzunehmen. Die Gegenfinanzierung erfolge durch Kürzungen bei Investitionen und im konsumtiven Bereich der Grün Berlin GmbH.

Linda Vierecke (SPD) kritisiert, dass Kürzungen beim Umwelt- und Klimaschutz aufgrund der Haushaltslage zwar notwendig, die Höhe aber völlig unproportional sei. Dass über 38 Prozent der Mittel gekürzt würden, zeige, dass sich die Umweltsenatorin für diesen Bereich nicht eingesetzt habe. Eine Hoffnung sei, dass Klimaschutz auch in anderen Einzelplänen abgebildet und der Klimapakt mit den landeseigenen Betrieben aufgesetzt worden sei.

Es sei kaum möglich, die Kürzungen zurückzunehmen, da im Fachausschuss Umschichtungen nur innerhalb der überwiesenen Kapitel möglich seien. Dennoch habe es mit der Fraktion der CDU eine gute Zusammenarbeit gegeben. Es seien wichtige Änderungen erreicht worden. – Im Bereich der Kreislaufwirtschaft würden die Kürzungen zurückgenommen. Eine Stärkung sei aufgrund der Kürzungen nicht möglich. Das erfolgreiche Leuchtturmprojekt Reparatur-BONUS werde fortgesetzt, weil sich klimaschützendes Verhalten für die Menschen finanziell positiv auswirken solle. – Auch beim Kleingewässerprogramm würden Kürzungen zurückgenommen. Kleingewässer böten nach einer Renaturierung eine große Biodiversität und Naherholungsqualität. Dies sei auch ein sozialer Aspekt. – Das Pilotprojekt für die bestäuberfreundliche Stadt sei ihrer Fraktion auch wichtig. Die Korrekturen reichten möglicherweise nicht aus, aber der Haushalt im Bereich Umwelt biete nicht viele Möglichkeiten.

Neben den Umschichtungen im Kernhaushalt seien viele Korrekturen nur möglich, da aus dem Bereich Verkehr Mittel umgeschichtet werden sollten. Da dies nur der Hauptausschuss beschließen könne, dokumentiere die Protokollnotiz die gewünschten Änderungen. Der Mobilitätshaushalt sei zulasten des Umweltbereichs einseitig gestärkt worden. Für sie sei Daseinsvorsorge aber auch, den Nutzungsdruck auf die Parks mit den Parkläufern/-innen zu managen, um ein soziales Miteinander zu erreichen und auch Tieren noch Lebensraum zu bieten. Sie sei dankbar, dass die Mobilitätspolitik/-innen nach vielen Gesprächen unterstützten und Mittel für die Parks, die saubere Stadt und die Stiftung Naturschutz bereitstellten.

Nicht gelöst seien die strukturellen Kürzungen bei den Klimaschutzförderprogrammen BENE und BEK. Dort würden bis zu 80 Prozent gekürzt, was laut dem Klimaschutzrat die Erreichung der Klimaschutzziele gefährde. Ihre Fraktion teile diese Einschätzung und bewerte die Programme als essenziell für Berlin. Gerade mit BENE könnten auch Fördergelder der EU akquiriert werden. Im Sondervermögen seien bisher keine Mittel für den Umweltbereich eingeplant. Hier müsse ein fairer Anteil des Umweltbereichs geschaffen werden, um Teile des BENE und BEK zu retten. – Die Mittel für den Baumschutz seien gestärkt worden, aber für den Baumentscheid sei noch mehr nötig. Der Baumbestand der Stadt müsse gestärkt und ausgebaut werden. Das geplante BäumePlus-Gesetz solle umgesetzt werden. – Im Bereich Klimaschutz sei der Klimapakt ein guter Beitrag. Es brauche endlich die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Hier sei auch die Einbindung der Zivilgesellschaft wichtig.

Dr. Matthias Kollatz (SPD) kündigt an, dass daran gearbeitet werde, Mittel aus dem Sondervermögen für den Umwelt- und Klimaschutz bereitzustellen. Es sollten Investitionsprogramme und den Start des Baumentscheids abgesichert werden. Dies sei schon in den Jahren 2026/2027 nötig, wofür Umschichtungen gebraucht würden. Über zehn bis zwölf Jahre werde so ein Volumen von 500 Mio. Euro pro Jahr geschaffen. Durch diesen Doppelhaushalt seien über die Verpflichtungsermächtigungen über 2,5 Mrd. belegt. Es gebe auch weitere Anmeldungen in Höhe von 3 Mrd. Euro. Damit liege eine Überbelegung vor, sodass nur umgeschichtet werden könne. Die Umschichtung geschehe aus dem Mobilitätsbereich, wo die vorgesehenen Programme trotzdem umgesetzt werden könnten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ führt aus, dass er sich im Namen des Ausschusses für die geleistete Arbeit der Mitarbeiter/-innen der Umweltverwaltung und der Verwaltung des Abgeordnetenhauses bedanke.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) wirft vor, dass der Senat und die Koalition Klimaschutz und Nachhaltigkeit ignorierten. Der vorliegende Haushaltsentwurf sei eine gezielte Demontage des Umwelt- und Klimaschutzes in Berlin und damit auch der Erreichung der Klimaschutzziele. Seine Partei habe während ihrer Regierungszeit mit großem Engagement Strukturen für Energieeffizienz, Klimaanpassung und Ressourcenschonung aufgebaut, während die Koalition aus CDU und SPD diese Arbeit wieder zerstörten.

Die 200 Mio. Euro des Umwelt- und Klimaschutzbereichs würden um mehr als 50 Prozent gekürzt. Der Anteil des Klimaschutzes am Haushalt betrage nur 1,6 Prozent und werde überproportional gekürzt. Dies gefährde die zentralen Zukunftsbereiche Klima, Umwelt, Wasser, Baum, Wald und Zero Waste. Die Kürzungen könnten in den dem Ausschuss überwiesenen Kapiteln nicht ausgeglichen werden. Beim wichtigen BEK würden bis 80 % gekürzt. BENE 2 werde um 400 Mio. Euro gekürzt, und damit fast eingestellt. Damit gingen ein zentrales Förderprogramm sowie EU-Fördermitteln verloren. Für den gerade erst beschlossenen Hitzeaktionsplan seien keine Mittel eingestellt worden. Das sei verantwortungslos, kurzsichtig und gesundheitsgefährdend. Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 werde nahezu beendet. Von 18,6 Mio. Euro seien 2027 nur noch 3,6 Mio. Euro übrig. Dass gleichzeitig für die Olympiabewerbung doppelt so viel und für NFL-Spiele das Vierfache ausgegeben werden solle, zeige die falsche Prioritätensetzung. Die Änderungsanträge seien nur eine kleine Korrektur. Grundsätzlich müsse der Haushaltsentwurf komplett neu aufgestellt werden. Auch der Klimapakt erfülle die Klimaschutzversprechen nicht. Es würden Mrd. Euro ohne unabhängige Kontrolle und nachvollziehbare Ziele ausgegeben.

Im Bereich Umweltschutz solle die Baumpflege über Spenden finanziert und damit auf die Öffentlichkeit abgewälzt werden. Da beim Masterplan Wasser 57 Prozent, beim Kleingewässerprogramm 84 Prozent und bei der Regenwasseragentur 30 Prozent gekürzt würden, sei die Erfüllung der WRRL nicht mehr möglich. – Die Kürzungen um 50 Prozent im Bereich Zero Waste lasse Berlin dort zurückfallen, wo Initiativen die Gesellschaft unabhängiger, innovativer und zukunftsfähig gemacht hätten. – Die insgesamt falsche Prioritätensetzung des Haushalts werde sich zukünftig mit größeren Schadensereignissen, schlechterer Luft und mehr Hitzetoten bemerkbar machen. Berlin brauche einen Haushalt, der die Zukunft gestalte und Klima- und Umweltschutz als Lebensgrundlage verstehe.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) bemängelt, dass der Haushaltsentwurf trotz Klimakrise und Artensterben beim Umwelt- und Klimaschutz gespart habe. Angesichts dessen, dass der Haushalt 2026/2027 sogar 4 Mrd. Euro mehr zur Verfügung habe, könne nicht von einem „Sparhaushalt“ gesprochen werden. Es sei gut, dass die Koalition Kürzungen beim Bestäuberprogramm zurücknehme. In allen Bezirken würden Flächen für mehr Biodiversität gestaltet. Kürzungen im Bereich Klimaschutz seien aber ökonomisch falsch, da dadurch auch EU-Fördermittel verloren gingen. Das gefährde zivilgesellschaftliche Initiativen, davon auch welche von Menschen mit Migrationshintergrund. Ihm sei wichtig, dass die Zivilgesellschaft weiter gefördert werde. Er begrüße die Änderungsanträge, in diesem Bereich Kürzungen zurückzunehmen, und die Protokollnotiz der Koalition, die der Hauptausschuss hoffentlich umsetze. Auch die Rücknahme der Kürzungen bei den Parkläufern/-innen sei richtig. – Die Koalition solle sich aber noch für die Unterstützung von Imkern einsetzen. Im Einzelplan 06 seien die Mittel zur Bekämpfung der Amerikanischen Faulbrut bei Honigbienen vollständig gekürzt worden. Dies sei falsch.

Dr. Michael Efler (LINKE) unterstreicht, dass der Haushalt insgesamt sowie der Einzelplan 07 strukturelle Probleme aufweise. Der Haushalt sei nicht solide, aber gleichzeitig vermeide die Koalition strukturelle, langfristige Lösungen aufseiten der Einnahmen und Ausgaben. Statt die Einnahmen mit beispielsweise höheren Anwohnerparkgebühren zu verbessern, würden alle Rücklagen vorheriger Regierungen aufgebraucht, Rekordschulden aufgenommen und trotzdem teilweise sogar ideologisch motivierte Kürzungen durchgeführt. Die Kürzungen beim BEK und BENE und der damit einhergehende Verlust von Fördermitteln machten dies deutlich. Auch bei der Wärmeplanung finde keine ausreichende Vorsorge statt.

Das Vorhaben der Koalition, mit einem Klimasondervermögen über 5 Mrd. Euro Berlin deutlich vor 2045 klimaneutral zu machen, sei gescheitert. Nun solle der Klimapakt mit den landeseigenen Unternehmen das ersetzen. Er bezweifle aber, dass das im Umfang und den Projekten möglich sei. Außerdem sei nicht zwangsläufig, dass die Mittel tatsächlich auch dem Klimaschutz dienen. Unter den angemeldeten Vorhaben seien auch welche, die nur umdeklariert worden seien. – Die Kritik des Klimaschutzzrats, dass die Klimaschutzziele nicht erreicht werden könnten, sei korrekt. In den kommenden Jahren müssten die Anstrengungen eigentlich erhöht werden, um das Ziel der Reduzierung der CO₂-Emissionen um 70 Prozent bis 2030 zu erreichen. Auch im Bereich Klimaanpassung fehlten Mittel. Es habe Kürzungen im Baumbereich gegeben. Selbst für den Volksentscheid sei auch in der Protokollnotiz keine Vorsorge getroffen worden.

Seine Fraktion stelle daher umfangreiche Änderungsanträge zugunsten des Baumentscheids und der Wärmeplanung. Es sei richtig, dass es eine haushaltsplanübergreifende Finanzierung brauche. Behelfsmäßig habe seine Fraktion die PMA-Rücklage herangezogen. Grundsätzlich sollten aber Mittel aus dem Bereich Mobilität umgeschichtet werden. Interessant sei, dass die Koalition mit den Umschichtungen aus dem Bereich Mobilität und Kürzungen bei der Grün Berlin GmbH ähnliche Lösungen wie seine Fraktion gefunden habe. – Insgesamt sei dies ein unverantwortlicher Haushaltsentwurf, der geändert werden müsse. Es sei bemerkenswert, dass die Koalition mit ihren Änderungsanträgen ihre eigene Senatorin stoppe. Er appelliere, dass die Mittel des Sondervermögens nur für zusätzliche Maßnahmen genutzt werden sollten und nicht, um Kürzungen auszugleichen.

Franziska Leschewitz (LINKE) zeigt sich geschockt, dass auch bei der Klimawandelanpassung wie dem Hitzeaktionsplan stark gekürzt worden sei. Die Bezirke hätten die Mittel aus dem Titel 68462 – Zuschüsse im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention – genutzt, um Verschattung, Kühlungsmöglichkeiten und Trinkwasserbereitstellung zu finanzieren. – Auch bei der Schwammstadt werde gekürzt. Die 14 Mio. Euro des Titels 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen für besseren Gewässerschutz – entfielen, und die Ausgaben sollten von den BWB selbst übernommen werden. Das sei nur möglich, wenn die Wassergebühren für die Bürger/-innen erhöht würden. Ihre Fraktion schlage vor, mit einem neuen Platzhaltertitel Vorsorge zu treffen, falls die Verhandlungen scheiterten. – Akteure sollten Mittel für eine wassersensible Siedlungsentwicklung, Regenwasserversickerung, Grundwasserneubildung und Verbesserung des Mikroklimas erhalten. Die Zahl der Trinkbrunnen solle ausgebaut werden. Wien habe 2 600 öffentliche Trinkbrunnen, während Berlin nur circa 240 habe. Es sei zu erwarten, dass das Klima in Berlin langfristig mediterran werde. Daher müssten Menschen an öffentlichen Orten Zugang zu Trinkwasser bekommen. – Die Mittel des Reparaturbonus seien sehr schnell abgeflossen, dennoch sei der Titel gekürzt worden. Ihre Fraktion wolle die Kürzungen zurücknehmen und zusätzlich

250 000 Euro einstellen. – Das Aktionsprogramm Sauberes Berlin brauche 200 000 Euro pro Jahr, um Effekte zu zeigen. Es sei auch mehr Geld für die Kieztage der BSR nötig. – Zur Gegenfinanzierung könne bei der Grün Berlin GmbH gespart werden, aber auch bei Gerichtsverfahren des Senats gegen die eigenen Betriebe und Bezirke. Es sei sinnvoller, gleich gute Politik zu machen. – Der Haushaltsentwurf müsse korrigiert werden. Für Umwelt- und Klimaschutz brauche es genügend Geld und Verlässlichkeit.

Alexander Bertram (AfD) hebt hervor, dass die Haushaltsberatungen 2026/2027 im Bereich Umwelt besonders erratisch seien. Einerseits kürze der Entwurf massiv im Umweltbereich und auch bei den Bäumen, gleichzeitig werde beim Volksentscheid Baum vonseiten der Koalition und des Senats suggeriert, dass die Kosten des Entscheids von 4 Mrd. Euro gestemmt werden könnten. Die AfD-Fraktion befürworte Klimaanpassung und Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas und sehe dort Handlungsbedarf. Wälder, Kleingärten, Grünanlagen und andere grüne Orte müssten gesichert werden. Wichtig sei auch der Erhalt der Straßenbäume.

Kürzungen bei der Grün Berlin GmbH würden klar abgelehnt. Die Grün Berlin sei ein wichtiger Partner für die Vorhaben des Landes, aber schon jetzt könnten Investitionen und Ausgaben wie in den Wachschutz teilweise nicht mehr finanziert werden. Statt zu kürzen, müsse bei der Grün Berlin sogar gestärkt werden. – Kürzungen beim Klimaschutz seien aber zu befürworten, da dieser sinnlos sei. Das Geld, das in den Klimaschutz und im Rahmen des „Klimapakts“ in die landeseigenen Unternehmen investiert werde, solle besser für echten Naturschutz und Resilienzmaßnahmen genutzt werden. Insofern müsse auch die geplante Errichtung von Windkraftanlagen in den Berliner Wäldern sofort gestoppt werden. Stattdessen brauche es weitere Investitionen in die Berliner Forsten. Auch kleinere Zuschüsse in Klimaprojekte wie dem „Klimazirkus“ sollten gekürzt werden.

Die Änderungsanträge seiner Fraktion zielten im Gegensatz dazu auf eine Verbesserung des Stadtklimas mit der Pflanzung von Stadtbäumen und deren Pflege, mehr Grün, Vermeidung von Monokulturen sowie Regenwasserpuffer durch grüne Dächer und Mulden und Rigolensysteme ab. Es brauche mehr Biodiversität mit Berücksichtigung alter und heimischer Arten, die durch Bäume und Sträucher, die den Stressfaktoren im urbanen Raum standhalten könnten, ergänzt würden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) macht aufmerksam, dass im Gesamthaushalt 2026/2027 über die Einzelpläne hinweg 2 268 Mio. Euro in Klimaschutz und Klimaanpassung investiert würden. Das zeige, dass der Senat gesamtstädtische Verantwortung für den Klimaschutz übernehme. Es werde in Maßnahmen investiert, die besonders große Effekte erzielten. Dem Klima sei es egal, in welchem Einzelplan investiert werde, solange in Klimaschutz investiert werde.

Einzelberatung der Synopse

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt, ob es über die Protokollnotiz der Koalitionsfraktionen auch eine Abstimmung geben werde. Seine inhaltliche Bewertung sei, dass die darin enthaltenen Forderungen viel zu spät kämen und nicht ausreichten. Außerdem sei es unwahrscheinlich, dass der Hauptausschuss dem folge.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ antwortet, dass die Protokollnotiz in dieser Sitzung abgestimmt werde.

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, ob die Notiz an einzelnen, davon betroffenen Titeln ähnlich den Änderungsanträgen aufgerufen werde. Werde eine Aussprache ermöglicht?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ erläutert, dass die Vorschläge der Notiz keine Änderungsanträge seien, die dieser Ausschuss beschließen könne. Daher werde nicht über die Vorschläge abgestimmt. Das Vorgehen mit einer Protokollnotiz sei zulässig. Die Abstimmung erfolge gesammelt am Ende der Besprechung der Synopse.

Benedikt Lux (GRÜNE) kündigt an, dass seine Fraktion bis zum Ende der Sitzung eine Protokollnotiz erarbeiten wolle, die empfehle, alle Kürzungen in den dem Ausschuss überwiesenen Titeln und Kapiteln des Einzelplans 07 rückgängig zu machen und 30 Prozent des Sondervermögens des Bundes im Bereich Umwelt- und Klimaschutz auszugeben.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist hin, dass diese Protokollnotiz bis zum Ende der Sitzung schriftlich eingereicht und den anderen Fraktionen vorgelegt werden müsse.

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet, dass zur Protokollnotiz eine Aussprache ermöglicht werde.

Danny Freymark (CDU) weist hin, dass in der Generalaussprache ausreichend Raum gewesen sei, die Notiz zu kommentieren. Diese sei bereits am Vortag vorgelegt worden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ stimmt zu, dass das Vorgehen transparent gewesen und im Rahmen der Generalaussprache eine Kommentierung möglich gewesen sei. Daher werde auf eine gesonderte Aussprache verzichtet.

Bericht Nr. 11, Baumpflege

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, wie eine qualitative Aussage über den Grünflächenbestand ohne Finanzierung des GRIS sichergestellt werden könne. – Derzeit würden dreimal mehr Bäume gefällt als neu gepflanzt. Das Ziel des BäumePlus-Gesetzes des Volksentscheids sei aber, dreimal mehr Neupflanzungen als Fällungen zu erreichen. Für 2026 seien das mindestens 20 000 Bäume. Wie könne dies rechnerisch umgesetzt werden? Wie hoch sei der Mittelbedarf dafür? Wie könnten die Bezirke unterstützt werden, diese Anzahl zu pflanzen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass das GRIS weiter betriebsfähig bleibe und es weiterhin eine Erfassung gebe. – Der Gesetzesentwurf des Volksentscheids sehe vor, bis Ende 2027 440 000 Bäume in Berlin mit einem gesunden Zustand zu haben. Das bedeute,

dass bis Ende 2027 19 000 Bäume gepflanzt werden müssten. Mit Beschluss des Gesetzes würden alle Bezirke und fachlich qualifizierten Akteure in entsprechende Formate eingebunden, um das Gesetz umzusetzen.

Benedikt Lux (GRÜNE) gibt zu, dass die Aussage, dass das GRIS nicht mehr so leistungsfähig sei wie bisher, in einem anderen Bericht geäußert worden sei. – Der Haushaltsentwurf streiche 3,25 Mio. Euro im Bereich Bäume. Was seien geeignete andere Maßnahmen, um bis Ende 2027 die geforderten Bäume zu pflanzen? Wo seien die Kosten der Maßnahmen etatisiert?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass die Maßnahmen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Baumentscheid erarbeitet werden müssten. Wenn die Koalition sich für die Forderungen des Baumentscheid entscheide, werde entsprechend Haushaltsvorsorge getroffen.

Bericht Nr. 17, Ansatzveränderungen

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bezweifelt, dass es zur Erreichung der Klimaziele ausreiche, im Einzelplan 07 alleine auf den Umweltverbund und ÖPNV zu setzen, wenn gleichzeitig nur geringe Mittel zur CO₂-Emissionsreduzierung im Gebäude- und Wärmesektor eingestellt seien. Gebäude und Wärme seien die größte Quelle für Emissionen in der Stadt. Die eingestellten 3,5 Mio. Euro reichten nicht aus. Warum werde der Gebäude- und Wärmesektor im Bericht nicht besprochen? Wie könnten mit den wenigen Mitteln die Klimaziele erreicht werden?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass es nicht relevant sei, in welchem Einzelplan investiert werde, solange investiert werde. Insgesamt seien im Haushalt 2 268 Mio. Euro für den Klimaschutz eingestellt. Dies werde im Bericht zum klimagerechten Haushalten an den Hauptausschuss deutlich. Darin seien auch der Gebäude- und Wärmesektor und welchen Anteil er an den Mitteln habe aufgeführt. Die Wärmewende werde berücksichtigt, indem die tiefe Geothermie als große Maßnahme finanziert werde.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) wendet ein, dass es durchaus einen Unterschied mache, ob natürlicher Klimaschutz, etwa mit der Wiedervernässung von Mooren, oder technischer Klimaschutz gefördert werde. Relevant sei auch, wenn BENE- und BEK-Mittel gekürzt würden und keine Unterstützung für Unternehmen mehr geleistet werden könne.

Dr. Michael Efler (LINKE) bittet um eine Klarstellung, ob die Senatorin das Ziel des Senats, Berlin deutlich vor 2045 klimaneutral zu machen, unterstütze. – Welche Prioritäten seien bei den Anmeldungen für das Sondervermögen gesetzt worden? Für den Einzelplan 07 gebe es neben Mobilitätsmaßnahmen nur Mittel für die Umrüstung von Gasleuchten, wobei auch da keine Beschleunigung erreicht werden könne.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet, dass die 2 268 Mio. Euro aufgeschlüsselt werden sollten. In Presseberichten würden 13 Mrd. Euro für den Klimapakt genannt, der Finanzsenator nenne 5 Mrd. Euro. Selbst wenn es egal sei, wo in Klimaschutz investiert werde, müsse sichergestellt sein, dass diese sozial verträglich und im Interesse der Steuerzahler/-innen getätigt würden. Warum seien BENE und das BEK massiv gekürzt worden, obwohl der 40-prozentige

Zuschuss der EU verloren gehe? Das sei ökonomisch unvernünftig. Werde zumindest versucht, das Ist 2024 wiederherzustellen?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) bleibt dabei, dass es für den Klimaschutz egal sei, wo investiert werde. 0 Tonnen CO₂-Emissionen mit tiefer Geothermie sei ein wichtiger technologischer Beitrag. – Für das Sondervermögen seien Maßnahmen angemeldet worden, die aber nicht berücksichtigt worden seien. Im SIWA seien 200 Mio. Euro für Klima- und Umweltmaßnahmen eingestellt, davon 40 Mio. Euro in den Gebäudesektor. – Der Entwurf zum Klimapakt sei unter der roten Nr.1872 E dem Hauptausschuss zugeleitet worden.

Bericht Nr. 18, Tiefe Geothermie

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) unterstützt, dass in Geothermie investiert werde. Seien die Mittel für die aufgeführten Maßnahmen ausreichend? Könne die Nutzung ausgeweitet werden oder reichten die aktuellen Planungen? Gerade in Ostberlin gebe es noch Bedarf für weitere erneuerbare Energiequellen. Das Antragsverfahren beim Bergbauamt Cottbus habe zu Verzögerungen geführt. Könnten weitere Verzögerungen ausgeschlossen werden? Die Informationen über das Geothermiepotezial in Berlin müssten möglichst schnell bereitstehen, um mögliche Investitionen in eher klimaschädliche Projekte wie Holzheizkraftwerke bei der BEW abzuwenden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, angesichts der Vielzahl der Berichte bei Wortmeldungen auf die Zeit zu achten. Es sollten nur Fragen gestellt werden, die auf Basis der Berichte neu entstanden seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass derzeit die 2D-Seismik ausgewertet werde. Auf Basis der danach folgenden 3D-Seismik sei das Potenzial in Berlin genauer abzuschätzen. Derzeit sei die Einschätzung, dass die eingestellten Mittel für die Vorhaben ausreichen. Es habe intensive Verhandlungen mit dem Bergbauamt gegeben, die aber erfolgreich gewesen seien.

Bericht Nr. 19, Wildtiere

June Tomiak (GRÜNE) greift auf, dass der Bericht ausführe, dass für die Wildvogelstation des NABU 180 000 Euro für den Betrieb plus 15 000 Euro für Container eingestellt seien. Das seien insgesamt 195 000 Euro in den Jahren 2026 und 2027. Das bedeute aber, dass im Vergleich zu 2025 150 000 Euro gekürzt worden seien. Sei dies korrekt? – Könne der Neubau der Station 2026 beginnen? – Könnten die 600 000 Euro, die für das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung – IZW – und das Wildtiernetzwerk eingestellt seien, auch durch andere Träger genutzt werden?

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) bittet um Auskunft, wann der Neubau endlich begonnen werde. Schon seit 2018 seien Mittel für einen Neubau bereitgestellt worden.

Dr. Stefanie Hennecke (SenMVKU) erläutert, dass die Mittel für die Vogelstation im letzten Doppelhaushalt verstärkt worden seien. Diese Verstärkung könne aufgrund der Haushaltskonsolidierung nicht mehr fortgeführt werden. Die jetzt eingestellten Mittel reichten aus, um den Betrieb fortzuführen. Eine Ausweitung der Beratung könne aber nicht umgesetzt werden. –

Die Mittel für das Wildtiernetzwerk könnten auch haushaltsrechtlich nur dafür genutzt werden. Es seien Synergieeffekte für die spezialisierteren Beratungsangebote wie der Wildvogelstation zu erwarten, wenn allgemeinere Anfragen an das Wildtiernetzwerk gerichtet würden. – Der Neubau sei ein Bezirksprojekt. Die Fragen dazu müssten nachträglich beantwortet werden. Die SenMVKU finanziere die 15 000 Euro für die Containermiete.

Dr. Michael Efler (LINKE) fragt zum Wildtiernetzwerk, ob es korrekt sei, dass dort 100 000 Euro gekürzt würden und welche Auswirkungen dies habe.

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, ob die Kürzungen des Aufwuchses bei der Wildvogelstation zu einer Reduzierung des Beratungsangebots führe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sichert zu, dass bezüglich des Neubaus nachgeforscht werde. – Es sei korrekt, dass neu geschaffene Beratungsleistungen mit den Kürzungen nicht mehr fortgeführt werden könnten.

Danny Freymark (CDU) weist hin, dass der Änderungsantrag Nr. 5 der CDU- und der SPD-Fraktion vorsehe, für Wildtier-Beratungsangebote 55 000 Euro bereitzustellen. Dies erlaube dem NABU gewisse Möglichkeiten. – Der Aufbau des Wildtiernetzwerks sei eine große Leistung. Dass gekürzt werde, sei auf die Haushaltslage zurückzuführen. Da das Netzwerk aber erst noch im Aufbau befindlich sei, sei die Kürzung eher abzufedern als bei bereits etablierten Angeboten.

Bericht Nr. 20, WRRL

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, mit welchen Instrumenten die SenMVKU die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung stärken wolle, um die stoffliche und hydraulische Belastungen der Gewässer zu reduzieren. – Sei geplant, das Problem der fehlenden zentralen Daten zu Maßnahmen zu beheben?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass die Instrumente vor allem die Maßnahmen seien, die im Rahmen der Schwammstadt umgesetzt würden. Dazu würden Vorgaben gemacht und Leitlinien und Handreichungen entwickelt, um den Bezirken zu ermöglichen, möglichst schnell dezentrale Maßnahmen umzusetzen. Dies sei im Dienstleistungstitel abgebildet. Die qualitative Arbeit sei notwendig, da Regenwasser in der Stadt immer schadstoffbelastet sei.

June Tomiak (GRÜNE) weist hin, dass die Frage der zentralen Datenquelle noch offen sei.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) antwortet, dass dies derzeit aufgebaut werde und an das Wasserportal angegliedert werden solle. Dies sei in den Titeln zur Digitalisierung abgebildet.

Bericht Nr. 22, Altlastensanierung im Zusammenhang mit PFAS und anderen Schadstoffen

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, warum die Ausgaben nicht nach PFAS und anderen Schadstoffen differenziert werden könnten. Es gebe Orte mit konkreten PFAS-Belastungen.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass PFAS eine große Gruppe verschiedener Substanzen sei. Es sei schwierig, die Substanzen in den Laboren in der Qualität nachzuweisen, die nötig sei, um die Stoffe zu differenzieren. Diese Analyse sei sehr teuer, und viele Labore könnten sie noch nicht durchführen. Daher würden in Analysen Stoffe sehr gezielt abgefragt.

Bericht Nr. 23, Aquatische Ökosysteme

June Tomiak (GRÜNE) weist hin, dass der Bericht die Frage nicht beantwortet habe, ob Spundwände umgestaltet worden seien, um Biotopnetzwerke wiederherzustellen. – Sei die Bauzustandsprüfung für Fischpässe nur an den im Bericht genannten Tegeler Fließ, Wuhle und Erpe gemacht worden? Es brauche an vielen Stellen Fischpässe, um eine Durchgängigkeit zu schaffen. – Wer habe die Literaturstudie zur Bekämpfung invasiver Arten durchgeführt? – Seien beim Ausbau der Panke nur Fischaufstiegsanlagen oder auch andere Maßnahmen finanziert worden? – Welche Stelle habe die Gefährdungsanalyse zum Amerikanischen Sumpfkrebs durchgeführt? Welche Mittel seien für konkrete Eindämmungsmaßnahmen ausgegeben worden?

Dr. Stefanie Hennecke (SenMVKU) erläutert, dass die Literaturstudie zusammen mit dem Fischereiamt durchgeführt worden sei. Die Fragestellung sei gewesen, wie die Ausbreitung des Sumpfkrebsses in andere Gewässer verhindert werden könne. Die Ergebnisse würden jetzt in Projekten angewandt. Beispielsweise würden bei einer Gewässersanierung in Spandau Sperren eingebaut.

Katrin Vietzke (SenMVKU) ergänzt, dass an der Panke Fischaufstiegsanlagen umgesetzt worden seien. Weitere Maßnahmen seien an der Panke nicht geplant. Die gesamte Maßnahme der Renaturierung sei aber eine Verbesserung des ökologischen Zustands. – Bei der Erneuerung der Uferwände werde geprüft, ob es möglich sei, den Land-Wasser-Übergang zu verbessern. Dies sei aber ein langfristiges Vorhaben.

June Tomiak (GRÜNE) fasst zusammen, dass nur im Bereich der Panke Fischaufstiegsanlagen umgesetzt worden seien. Gebe es für die nächsten zwei Jahre Planungen an anderen Flüssen? – Seien in den nächsten zwei Jahren konkrete Mittel für eine Sanierung von Uferwänden eingestellt? An welchen Uferabschnitten seien Maßnahmen geplant?

Katrin Vietzke (SenMVKU) antwortet, dass in den nächsten zwei Jahren keine Fischaufstiegsmaßnahmen geplant seien. Perspektivisch seien die Wuhle, die Erpe und das Tegeler Fließ an der Reihe. – Eine konkrete Uferwandsanierung mit verbesserten Land-Wasser-Übergängen werde in den nächsten zwei Jahren an der Spree-Oder-Wasserstraße ab Kilometer 6,5 bis 14,5 im Bereich Schlosspark Charlottenburg durchgeführt.

Danny Freymark (CDU) merkt an, dass über BENE bzw. die Stiftung Naturschutz der Bau von Vertical Wetlands unterstützt werde. Diese seien ökologisch vorteilhaft. Es sei zu hoffen, dass trotz der Herausforderungen im Bereich der Wasserstraßen mehr davon umgesetzt werden könnten.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ob bei einer Aufstockung der BENE-Mittel weitere Aufwertungen von Uferbereichen möglich seien.

Katrin Vietzke (SenMVKU) stellt klar, dass die erwähnte Maßnahme an der Spree-Oder-Wasserstraße nicht über BENE finanziert worden sei.

June Tomiak (GRÜNE) bittet um Erläuterung, mit welchen Maßnahmen der Uferbereich aufgewertet werde. Würden Vertical Wetlands installiert?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) antwortet, dass die Vertical Wetlands noch in der Erprobungsphase seien, deren Ergebnisse ausgewertet würden.

Bericht Nr. 24, Personal

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) fragt nach, wo in der Senatsverwaltung für Umwelt Personal fehle. Seine Fraktion habe sich 2020/2021 dafür eingesetzt, Personalstellen im Umweltbereich der Hauptverwaltung zu schaffen.

Jörg Pietsch (SenMVKU) erläutert, dass gemäß der Vorgaben des Senats keine neuen Stellen angemeldet worden seien. Projekte würden priorisiert und das Personal entsprechend verteilt.

Bericht Nr. 35, Erweiterung des Auftrages der BWB

Benedikt Lux (GRÜNE) greift auf, dass der Bericht ausführe, dass es bei der Erweiterung des Auftrages der BWB keinen neuen Stand gebe, da erst noch personelle, rechtliche, politische und organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden müssten. Die BWB selbst wollten sich unter den aktuellen Haushaltsbedingungen auf das Kerngeschäft konzentrieren. Eine andere Vorlage führe aus, dass eine Änderung des Berliner Wassergesetzes in Arbeit sei. – Welche Aufgaben wolle die Senatorin den BWB rechtlich übertragen, um zukünftige Aufgaben im Bereich der Schwammstadt, Trinkwasserbrunnen, Entsiegelung und weiteren gesetzlich abzusichern? – In NRW sei es nun möglich, Aufgaben der Klimaresilienz über Gebühren zu finanzieren, aber in Berlin verspreche die Wirtschaftssenatorin, dass Gebührenerhöhungen zumindest bis Ende 2026 ausgeschlossen seien. Die Umweltsenatorin äußere sich nicht, sondern kürze sogar. Die Senatorin solle daher erläutern, welche Rolle die BWB beim Erhalt der Berliner Infrastruktur haben solle. Welche Aufgaben würden den BWB zukünftig übertragen? Außerdem solle erläutert werden, bis wann die notwendigen Voraussetzungen geschaffen würden, um die BWB gut aufzustellen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass die BWB bereits gut aufgestellt seien. – Derzeit gebe es Gespräche über weitere Aufgaben und Unterstützung der BWB für das Land Berlin. – Die BWB seien Teil der Grün-blauen Allianz, wo in Zusammenarbeit mit der Grün Berlin Maßnahmen der Schwammstadt, wie die Regenwasserversickerung am Gendarmenmarkt, umgesetzt würden.

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, ob die Senatorin befürworte, die Klimaresilienz als Aufgabe in das Gesetz aufzunehmen.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) weist hin, dass spezifiziert werden müsse, welches Gesetz gemeint sei.

Bericht Nr. 36, Baumaßnahmen im Naturschutzzentrum Ökowerk e.V.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ob mit SenFin die Finanzierung des Eigenanteils der BE-NE-2-Förderung in Höhe von ca. 750 000 Euro habe geklärt werden können.

Danny Freymark (CDU) bittet, eine mögliche Lösung zu erläutern.

Dr. Matthias Kollatz (SPD) ergänzt zum Bericht Nr. 35, dass eine wesensgleiche Übernahme des Gesetzesentwurfes des Volksentscheids Baum auch eine Neubestimmung der Funktion der Wasserbetriebe beinhalten werde.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) unterstreicht, dass die Baumaßnahme beim Ökowerk abgeschlossen werden müsse. Was sei der aktuelle Stand?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) erläutert, dass es in Verhandlungen gelungen sei, für die Ausgaben in Höhe von 500 000 Euro, die noch 2025 erbracht werden müssten, aus Restmitteln des laufenden Haushalts eine Finanzierung zu ermöglichen. Das Ökowerk könne also mit den Baumaßnahmen beginnen. Da diese erst 2028 abgeschlossen seien, müsse erst bis dahin für die noch fehlenden 200 000 Euro Vorsorge getroffen werden.

Bericht Nr. 37, BO Beratungsstelle urbane Biodiversität, Stadtökologie und Botanischer Artenschutz/ Botanischer Garten bzw. Botanisches Museum

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) fragt nach, ob Projekte des Botanischen Gartens und des Naturkundemuseums weiter gefördert würden. Das seien nur kleine Summen gewesen.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) weist hin, dass die Finanzierung der Beratungsstelle von den Ergebnissen der Auswertung der Pilotphase in 2026 abhängen.

Dr. Stefanie Hennecke (SenMVKU) unterstreicht, dass die Prüfung, ob das Pilotprojekt der Beratung von Privatpersonen bedarfs- und adressatengerecht sei, sinnvoll sei. Das werde laufend ausgewertet. Bei einem positiven Ergebnis werde entschieden, wie das Angebot fortgesetzt werde.

Danny Freymark (CDU) weist hin, dass die Verlängerung bis 2026 gut sei, aber das Projektende dann in der Phase der Haushaltswirtschaft liege, in der der Haushaltsgesetzgeber keinen

Einfluss habe. Sollte das Projekt positiv evaluiert werden, sollte es weiter konkret unterstützt werden. Dafür brauche es eine Zusage der Verwaltung.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) fragt nach, ob das Naturkundemuseum weiterhin mit 50 000 Euro gefördert werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass eine Zusage für die Beratungsstelle über 2026 hinaus nicht möglich sei.

Dr. Stefanie Hennecke (SenMVKU) erläutert, dass auch zukünftig mit dem Naturkundemuseum und dem Botanischen Garten Projekte durchgeführt würden. Dies sei Teil der Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt. Das Projekt mit dem Naturkundemuseum sei ein Pilotprojekt gewesen, dessen Ziel es war, Key Biodiversity Areas außerhalb von Schutzgebieten in der Stadt anzuschauen und auszuwerten. Die Zusammenarbeit sei aber vor allem projektbezogen.

Bericht Nr. 41, Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen; Mieten für Fahrzeuge

Dr. Michael Efler (LINKE) wirft vor, dass die Senatsverwaltung an dieser Stelle versage. Die gesetzliche Grundlage in Berlin sei, bis 2030 den kompletten Fahrzeugbestand des Landes auf klimaneutrale Fahrzeuge umzustellen. Die Berichte zeigten aber, dass bei der SenMVKU nichts geplant sei. – Wie solle die gesetzliche Vorgabe durch die SenMVKU umgesetzt werden?

Danny Freymark (CDU) hält dem entgegen, dass endlich zur Kenntnis genommen werden solle, dass der Klimaschutz mit insgesamt 2,2 Mrd. Euro über alle Einzelpläne hinweg abgebildet sei. Dazu gehöre auch der Klimapakt, der regle, in welche Fahrzeuge die landeseigenen Betriebe zu investieren hätten. – Er sei überzeugt, dass die Klimaziele eingehalten würden und viele der Vorwürfe und Befürchtungen falsch seien.

Benedikt Lux (GRÜNE) weist hin, dass die von der Senatorin erwähnte rote Nr. an den Hauptausschuss nur ausführe, dass bis 2030 beabsichtigt sei, den Landesbetrieben Eigenkapitalzuführungen zu gewähren. Die 2,2 Mrd. Euro würden nicht erwähnt. Die Ankündigungen des Senats und der Koalition passten nicht zu dem tatsächlichen politischen Handeln. Beispielsweise wende sich die CDU in Lichtenberg gegen den Wegfall von Parkplätzen zugunsten von Bäumen. Die einzig konkrete Eigenkapitalzuführung innerhalb dieses Einzelplans seien 70 Mio. Euro an die BVG, was aber durch Änderungsanträge der Koalition wieder um 7 Mio. Euro reduziert werde.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ bittet, dass nur zu den konkret aufgerufenen Berichten ausgeführt werden solle.

Dr. Michael Efler (LINKE) vertritt den Standpunkt, dass es nicht mehr realistisch sei, die gesetzlichen Ziele bis 2030 zu erreichen, wenn nicht schon in diesem Doppelhaushalt dafür investiert werde. Im nächsten Doppelhaushalt 2028/2029 sei es bereits zu spät. – Er vermute, dass in den 2,2 Mrd. Euro viel Greenwashing enthalten sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) stellt klar, dass sie sich auf unterschiedliche Vorlagen beziehe. Die erwähnte rote Nr. 1872 E führe zum Klimapakt aus, während die 2,2 Mrd. Euro in der Senatsvorlage zum klimagerechten Haushalten aufgeführt seien. Diese Vorlage durchlaufe noch das Beschlussverfahren im Senat, bevor sie dem Abgeordnetenhaus weitergeleitet werde. Es werde sich bemüht, diese Unterlage nach Möglichkeit noch zu den Haushaltsberatungen dem Parlament zu übermitteln. – Aufgrund eines Missverständnisses führe der Bericht Nr. 41 nicht auf, wie viele Fahrzeuge bereits umgerüstet seien. Tatsächlich seien in der Abteilung V bereits fast alle Fahrzeuge auf E- oder Hybrid-Antrieb umgestellt worden. Bei den Berliner Forsten sei es aber aufgrund eines fehlenden Angebots nicht möglich, alle Fahrzeuge umzustellen.

Danny Freymark (CDU) fordert den Abgeordneten Lux auf, sich selbst ein Bild über die Möglichkeiten in der Große-Leege-Straße zu machen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ wiederholt, dass sich die Abgeordneten zeitlich disziplinieren sollten, um die zweite Lesung in angemessener Zeit zu schaffen.

Bericht Nr. 56, Umsetzung Wärmeplanung

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) kritisiert, dass die Aussagen im Bericht sehr ausweichend seien. Es solle geäußert werden, ob das BAUinfo als zentrale und neutrale Anlaufstelle erhalten bleibe. Mit der Umsetzung der Wärmeplanung ab 2026 werde die Bevölkerung eine Anlaufstelle brauchen.

Beate Züchner (SenMVKU) führt aus, dass die Aufstellung der gesamtstädtischen Wärmeplanung im Zeitplan liege. Im Amtsblatt werde am 17. Oktober veröffentlicht, dass die öffentliche Beteiligung starte. – Der SenMVKU sei bekannt, dass es in der Bevölkerung mit der Wärmeplanung einen erhöhten Kommunikations- und Informationsbedarf gebe. Das BAUinfo werde aber in der bisherigen Form nicht fortgeführt, sondern zu einer Wärmewendeagentur weiterentwickelt. Dazu gebe es interne Abstimmungen, um Überschneidungen mit der Berliner Energieagentur zu vermeiden. – Die Wärmeplanung werde nicht von der SenMVKU, sondern von den Infrastrukturunternehmen und Eigentümern umgesetzt. Die SenMVKU konzentriere sich auf die Erarbeitung und die Beschlussfassung der Wärmeplanung. Darüber hinaus werde geprüft, wie die Umsetzung begleitet werden könne.

Dr. Michael Efler (LINKE) fragt nach, ob die neue Wärmewendeagentur bereits im Haushalt abgebildet sei. Wie werde diese Agentur aufgestellt?

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bittet, dass zur Größenordnung und dem Personalbedarf der Wärmewendeagentur ausgeführt werden solle. Würden Synergien mit dem Solarzentrum genutzt? – Seine Fraktion wolle, dass der Staat bei der Umsetzung der Wärmeplanung eine größere Rolle einnehme. In den Bezirken gebe es bislang noch keine auf die Wärmeplanung spezialisierten Stellen. Welche Rolle hätten die Bezirke bei der Umsetzung?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) zeigt sich dankbar, dass die Verwaltung den Zeitplan der Wärmeplanung einhalte und nun in die öffentliche Beteiligung gehe. Wichtig sei die Zusammenarbeit mit den Infrastrukturunternehmen und umsetzenden Unternehmen im Lenkungs-kreis Wärmeplanung. Dieser tage alle vier Wochen.

Beate Züchner (SenMVKU) weist hin, dass die Konzeption noch mit der SenWiEnBe erarbeitet werde. Daher könnten noch keine konkreten Informationen geteilt werden. Das Solarzentrum und die am Markt tätigen Akteure würden bei der Konzeption mitgedacht. – Die Bezirke seien in gute und konstruktive Gespräche eingebunden. Sie hätten die konkrete Rolle in der Stadtplanung, wo es bei der Aufstellung von Bebauungsplänen Möglichkeiten gebe, regulativ Vorgaben zu machen. Im Bereich Milieuschutz gebe es Herausforderungen im Bereich der leitungsgebundenen Wärme. – Im Prozess der Verwaltungsreform sei es gut gelungen, Zuständigkeiten auf der Ebene der Bezirke festzulegen.

Dr. Michael Efler (LINKE) weist hin, dass seine Frage zur Wärmewendeagentur noch nicht beantwortet worden sei.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stimmt zu, dass noch nicht geklärt worden sei, wie viel Geld im Haushalt für die Energiewendeagentur eingeplant sei.

Beate Züchner (SenMVKU) weist hin, dass die Konzeption der Wärmewendeagentur noch nicht konkretisiert sei. In der MG 01, Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Umwelt- und Klimaschutzpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –, sei aber Vorsorge getroffen worden, dass diese Leistungen auch als Dienstleistungen ausgeschrieben werden könnten.

Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) –

Ansatz 2026:	1.000
Ansatz 2027:	1.000

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	+ 1.000.000
2027:	+ 1.000.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Um unter anderem den Ankauf von Flächen zur Schließung der 20 grünen Hauptwege zu ermöglichen, weitere Grünflächen langfristig zu sichern und entsprechend naturnah und biodiversitätsfördernd zu gestalten, werden Finanzmittel benötigt, die im Haushaltsentwurf lediglich mit 1.000 Euro (Platzhalter) veranschlagt sind.“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) begründet, dass 2022/2023 7 Mio. Euro eingestellt worden seien, um Flächen für die 20 grünen Hauptwege zu kaufen. Mit dem Änderungsantrag werde dies wieder ermöglicht.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Ansatz **2026:** - 30.000.000
Ansatz **2027:** - 30.000.000

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion Die Linke

2026: - 4.264.000
2027: +/- 0

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Gegenfinanzierung.“

Dr. Michael Efler (LINKE) erläutert, dass dies ein Platzhalter sei, da die Gegenfinanzierung der Änderungsanträge seiner Fraktion aus den Mobilitätskapiteln erfolgen solle.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –

Ansatz **2026:** 925.000
Ansatz **2027:** 775.000

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: -15.000
2027: -16.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Gegenfinanzierung (der neue Ansatz liegt 2026 über und 2027 in etwa auf dem Niveau von 2025).“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

**Kapitel 0705 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Generelle Angelegenheiten und Recht –**

Titel 11155 – Gebühren für die Sondernutzung öffentlicher Straßen –

Ansatz **2026:** 24.500.000
Ansatz **2027:** 24.500.000

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: + 2.000.000

2027: + 2.000.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Anpassung an das realistische Potenzial zur Steigerung der Einnahmen.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 52601 – Gerichts- und ähnliche Kosten –

Ansatz **2026:** 1.900.000

Ansatz **2027:** 1.900.000

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion Die Linke

2026: - 400.000

2027: - 400.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Gegenfinanzierung.

Das Land kann sich gütlich mit den Klägern Berliner Forsten, BSR, BWB, ggf. über den Aufsichtsrat einigen. Ebenso mit den klagenden Bezirksämtern. Rückführung auf den Ansatz 2025 (1.500.000 €).

Auch wären Kosten für Gerichtsverfahren wie der „Kiezblockstopp“ (Kosten lt. Einsichtnahme des Tagesspiegels beim Amtsgericht Wedding: 4237 Euro Gerichts- und Anwaltskosten sowie 1070,40 Euro Zinsen.) zugunsten der Steuerzahler*innen vermeidbar. SenMVKU in einer internen Mail vom 15. April (zit. in Tagespiegel vom 09.10.25: „Die Zahlung ist einklagbar. Gezahlt werden muss in jedem Fall, mit Mehrkosten (Zinsen, Prozesskosten etc.). Das ist vor dem Hintergrund der Haushaltskrise kaum vermittelbar.“

Franziska Leschewitz (LINKE) vertritt den Standpunkt, dass die Gerichtskosten in der Höhe nicht notwendig seien. Die Politik solle Streitpunkte vermeiden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Bericht Nr. 87

Maßnahmengruppe 03

Titel 27297 – Zuschüsse der EU aus dem EFRE für konsumtive Zwecke (Förderperiode 2021-2027) –

Titel 68492 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln (Förderperiode 2021-2027) –

Benedikt Lux (GRÜNE) weist hin, dass mit den Kürzungen über 80 Prozent im BENE-Programm zusammen mit der entgangenen EU-Förderung dem Umwelt- und Klimaschutz in Berlin 500 Mio. Euro fehlten. Das habe auch konjunkturelle Auswirkungen. Die SenMVKU habe Listen übersandt, welche Projekte abgeschlossen seien, welche aktuell im Verfahren befindlich und für welche Bewerbungen möglich seien. Warum seien diese Listen nicht fristgerecht eingegangen? Welche Projekte könnten aufgrund der Kürzungen nicht umgesetzt werden? Gebe es Einigkeit darin, dass es wirtschaftlich sinnvoll sei, EU-Mittel abzurufen? Wie werde sich die Senatorin dafür einsetzen, diese EU-Förderung weiterhin einzuwerben?

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass BENE ein bedeutendes Förderprogramm sei. Wie viele der BENE-Mittel könnten umgesetzt werden, wenn über das Sondervermögen eine Stärkung durchgeführt werde?

Danny Freymark (CDU) stimmt zu, dass BENE ein wichtiges Förderprogramm sei. Es habe eine wichtige Ankerfunktion und stehe für Glaubwürdigkeit. Es sei auch ungünstig, Fördermittel zu verlieren. Daher werde die Koalition versuchen, das BENE-Programm über andere Wege zu sichern. Dass dennoch gekürzt worden sei, zeige, wie groß die haushälterische Herausforderung, das Funktionieren der Stadt sicherzustellen, gewesen sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass die Kürzungen bei BENE notwendig geworden seien, um den ÖPNV in der Stadt aufrechtzuerhalten. Dies sei eine schwierige Entscheidung gewesen.

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass sich die Kürzungen je nach Stand der Projekte unterschiedlich auswirkten. Bei bereits bewilligten Projekten gebe es Gespräche über den möglichen Projektfortschritt und den Bedarf von Mittelübertragungen. Die Mittel für diese Projekte seien im Haushalt eingestellt, müssten aber noch 2025 verausgabt werden. Bei großen investiven Ausgaben sei es zu erwarten, dass nicht alles planmäßig umgesetzt werde. Bei der Liste der Projektpartner, die einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn beantragt hätten, seien die Maßnahmen abhängig von weiteren Mittelbereitstellungen im Haushalt. Sollten diese kommen, werde die Liste hinsichtlich einer Prioritätensetzung geprüft. Dabei werde der Umsetzungsstand, der Planungsstand, CO₂-Einspareffekte und weitere Bewertungen einbezogen. Darüber hinaus gebe es Anfragen mit unterschiedlichen Bearbeitungsständen, die wahrscheinlich nicht mehr bedient werden könnten.

Mit den aktuellen Projektpartnern werde der Projektfortschritt sowie die Möglichkeit der Erhöhung des Eigenkapitals, um Landesförderungen zurückzunehmen, eruiert. Es würden auch Möglichkeiten im Rahmen des Sondervermögens und des Kernhaushalts, Mittel zur Kofinanzierung heranzuziehen geprüft. Dies müsse im Einvernehmen mit der Verwaltungsbehörde geschehen. Der Austausch sei im Gange und werde nach den Haushaltsberatungen intensiviert. – Insgesamt hoffe die Verwaltung auf Änderungen in den Haushaltsberatungen und auf das Sondervermögen, um die Auswirkungen der Kürzungen zu reduzieren. Projekte müssten dennoch priorisiert werden.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet um Bestätigung, dass die vierte der übermittelten Listen die Anträge aufführe, die wahrscheinlich nicht mehr bedient werden könnten. – Seien die volkswirtschaftlichen Auswirkungen zwischen der 40-Prozent-Förderung und den Zinsen für Kredite, die für weniger sinnvolle Verkehrsmaßnahmen aufgenommen würden, geprüft wor-

den? – Der Konsolidierungsdruck auf den Umweltetat würde so nicht bestehen, wenn sich die Senatorin dafür eingesetzt hätte, Umweltprojekte im Sondervermögen anmelden zu können. Daher sei die Äußerung, dass zwischen dem ÖPNV und den BENE-Mitteln hätten entschieden werden müssen, unredlich. Die BENE-Mittel sollten wieder auf den alten Stand zurückgeführt werden.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt nach, welche Summen die Koalition möglicherweise noch für das BENE-Programm im Hauptausschuss bereitstellen könnten.

Senatorin Ute Bode (SenMVKU) antwortet dem Abgeordneten Lux, dass sie den Straßen- und Brückenbau als volkswirtschaftlich absolut relevant bewerte. – Es seien durchaus Umweltprojekte für das Sondervermögen angemeldet worden.

**Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Umwelt- und Klimaschutzpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –
Titel 52112 – Maßnahmen zur Lärminderung im Straßenland –**

Ansatz 2026:	1.250.000
Ansatz 2027:	1.250.000

VE 2026:	1.000.000
VE 2027:	1.000.000

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion Die Linke

2026:	+/- 0
2027:	+ 250.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Für mehr Lärminderungsmaßnahmen im Straßenland, insbesondere den Einbau lärmmindernder Asphaltdeckschichten, für mehr Ruhe der Berliner*innen in der Nacht vor gesundheitsschädigendem nächtlichem Lärm. Der Anspruch des Berliner Lärmaktionsplans wird durch die Aufstockung besser erfüllt.“

Franziska Leschewitz (LINKE) unterstreicht, dass in die wichtige Minderung von Straßenlärm mehr investiert werden müsse.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Ansatz 2026:	77.000
Ansatz 2027:	82.000

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion Die Linke

2026:	+ 15.000
-------	----------

2027: + 20.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Mehr aufgrund großen Informationsbedarfs nach Beschluss der Wärmeplanung.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

TA 5 „Veröffentlichungen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende“

2026: 30.000

2027: 40.000“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz **2026:** 2.422.000

Ansatz **2027:** 2.617.000

VE **2026:** 500.000

VE **2027:** 500.000

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 209.000

2027: + 209.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Rücknahme Kürzung Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschonung

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Die folgenden Teilansätze werden wie folgt neu gefasst:

TA 22: Hochwertige Kreislaufwirtschaft in Berlin (Kommunikation und Kampagne)

2026: 100.000

2027: 100.000

TA 24: Ressourcenschonung und zirkuläres Bauen

2026: 250.000

2027: 250.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 54101 – Klimaschutz als Bildungsinhalt –

Ansatz **2026:** 315.000
Ansatz **2027:** 315.000

VE **2026:** 200.000
VE **2027:** 200.000

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion Die Linke

2026: + 40.000
2027: + 40.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Mehr für mehr Klimabildung in Kitas und Schulen.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

TA 1 „Klimaschutz in Kitas“

2026: 85.000

2027: 85.000

TA 2 „Klimaschutz in Schulen“

2026: 237.000

2027: 237.000“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 54105 – Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschonung –

Ansatz **2026:** 100.000
Ansatz **2027:** 100.000

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion Die Linke

2026: + 300.000
2027: + 300.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Eine Beschlussfassung der Senatsvorlage zur Berliner

Nachhaltigkeitsstrategie, die für Anfang 2026 geplant ist, bringt nichts, wenn sie nicht durch konkrete Maßnahmen und mit Haushalts-Ansätzen untersetzt ist. Zumindest partielle Rücknahme drastische Kürzung der Umsetzung der Berliner Nachhaltigkeitsstrategie, Umsetzung der

Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals), u.a. für Tiny Forests.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 68303 – Zuschüsse für Veranstaltungen –

Ansatz 2026:	50.000
Ansatz 2027:	50.000

Änderungsantrag Nr. 1 AfD-Fraktion

2026:	- 30.000
2027:	- 30.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Maßnahmen sind nicht ausreichend begründet, im Vorjahr nur 250 Euro Ausgaben, deshalb Kürzung auf realistisches Maß.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nummer 2. Veranstaltungen zum Klimaschutz

jeweils pro Jahr 5.000 €.“

Alexander Bertram (AfD) vertritt den Standpunkt, dass die Erhöhung unnötig sei. Gerade die 5 000 Euro für Veranstaltungen zum Klimaschutz pro Jahr könnten gekürzt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Ansatz 2026:	1.114.000
Ansatz 2027:	1.114.000

VE 2026:	500.000
VE 2027:	500.000

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion Die Linke

2026:	+ 1.750.000
2027:	+ 1.750.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Nr. 3: Mehr Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie, zur Ressourcenschonung, für Zero-Waste an Schulen und mehr Repair-Cafés.

Nr. 4: Die Zuschüsse für Projekte im Bereich Zirkuläres

Bauen werden wieder eingesetzt.

Nr. 5: Mehr für die Zero-Waste-Strategie,

Keine Streichung Reparaturbonus, stattdessen höherer Ansatz als 2025, weil hohe Nachfrage.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nr. 3: Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie, Ressourcenschonung und Aufbau eines Reparaturnetzwerkes

.....

2026: 770.000

2027: 770.000

Nr. 4: Zuschüsse für Projekte im Bereich Zirkuläres Bauen

2026: 50.000

2027: 50.000

Nr. 5: Zuschüsse zur Einführung eines Reparatur-Bonus

2026: 1.500.000

2027: 1.500.000“

Franziska Leschewitz (LINKE) führt aus, dass der Ansatz verstärkt werde, um den ReparaturBONUS wieder aufnehmen zu können. Dieser stärke das Umwelt- und Klimabewusstsein der Bevölkerung.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.550.000

2027: + 1.550.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Rücknahme Kürzung Reparaturbonus und Reparaturnetzwerk.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Die folgenden Teilansätze werden wie folgt neu gefasst:

TA 2: Zuschüsse zur Umsetzung der Zero-Waste-Strategie,
Ressourcenschonung und Aufbau eines Reparaturnetzwerkes

2026: 870.000

2027: 870.000

TA 5: Zuschüsse für Reparatur-Bonus

2026: 1.250.000

2027: 1.250.000“

Linda Vierecke (SPD) unterstreicht, dass der ReparaturBONUS ein erfolgreiches Projekt gewesen sei und fortgesetzt werden solle. Der Bericht werde noch erwartet.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu.

MG 01 (neu)

Bericht Nr. 106, Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) kritisiert, dass der Sammeltopf und die dazugehörigen Berichte sehr unkonkret seien. Es sei immer noch unklar, was mit den wenigen Millionen Euro aus dem hier veranschlagten BEK, der Klimaanpassung und den Maßnahmen des Wärmeplanungsgesetzes noch finanziert werde und könne. Wie würden die Mittel aufgeteilt? Wie viel Geld stehe dem BEK noch zur Verfügung? Was werde daraus finanziert? Wie viel Geld stehe für zusätzliche Projekte zur Verfügung? Seien welche geplant? – Auch die Klimaanpassungsmaßnahmen seien noch unkonkret. Die Ausrede der Haushaltskonsolidierung reiche nicht. Es müsse Klarheit geschaffen werden.

Dr. Michael Efler (LINKE) appelliert, dass die Koalition im Hauptausschuss weitere Änderungen zugunsten des BEK umsetzen solle. Der Klimaschutzrat habe vor den Kürzungen beim BEK und BENE und den Auswirkungen auf die Klimaschutzziele gewarnt.

Linda Vierecke (SPD) weist hin, dass die Korrektur der Finanzierung des BEK aufgrund der Summen nur im Hauptausschuss möglich sei. Es gebe den falschen Eindruck, dass das BEK nur kleine Maßnahmen seien, aber die Maßnahmen des BEK seien Grundpfeiler des Klimaschutzes in Berlin, die durch die Kürzungen wegfielen. Erschwerend sei, dass die CDU-Fraktion die Fortschreibung des BEK noch blockiere.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) wiederholt, dass der Senat 2,2 Mrd. Euro in den Klimaschutz investiere. Dies werde der Bericht zum klimagerechten Haushalten aufzeigen.

Beate Züchner (SenMVKU) erläutert, dass die Ansätze der MG 01 auf verschiedenen Bedingungen basierten. Die Maßnahmengruppe müsse zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Im Doppelhaushalt 2026/2027 habe es eine Änderung der Haushaltssystematik hin zu einem Budgetansatz gegeben. Maßnahmen, die durch andere Verwaltungen umgesetzt würden, müssten in den jeweiligen Einzelplänen veranschlagt werden. Bislang habe etwa die SenWiEnBe viele Mittel aus dem BEK über eine auftragsweise Bewirtschaftung erhalten. Die SenWiEnBe werde aber weiterhin in den Klimaschutz investieren. Auch bisher seien Maßnahmen im BEK nicht mit konkreten Finanzierungsbudgets hinterlegt gewesen, sondern alle Maßnahmen im Bereich des BEK hätten darüber hätten finanziert werden können. Das treffe auf Zuwendungen und Dienstleistungen durch die Haupt- und Bezirksverwaltungen zu. – Die Maßnahmengruppe sei umbenannt worden, um den falschen Eindruck eines Förderprogramms zu vermeiden. Die MG 01 finanziere vorrangig strategische Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes, der Klimaanpassung und der Wärmewende und sei weniger investiv. Dies entspreche dem gesetzlichen Auftrag, der mit den Ansätzen erfüllt werden könne.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt nach, ob Teile des BEK nun in anderen Einzelplänen veranschlagt seien. Dies sei in den Berichten nicht beantwortet worden. Gebe es eine Übersicht? – Kürzungen über 80 Prozent seien trotz Haushaltskonsolidierungsnotwendigkeiten unverhältnismäßig und ein politisches Statement.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) wendet ein, dass die 2,2 Mrd. Euro auch ein politisches Statement seien.

Beate Züchner (SenMVKU) antwortet, dass es keine Übersicht über Maßnahmen in den anderen Verwaltungen gebe, weil die anderen Verwaltungen nicht abgefragt worden seien.

Benedikt Lux (GRÜNE) wirft vor, dass der wiederholte Verweis auf die 2,2 Mrd. Euro problematisch sei, da damit jeder Widerspruch übergangen werden könne. Bislang seien diese Mittel aber nur eine Ankündigung. – Welche Umweltprojekte seien für das Sondervermögen angemeldet worden? Welcher Bericht führe diese auf? – Stimme die Senatorin zu, dass sie nach dem BEK gesetzlich verpflichtet sei, die Klimaziele egal auf welchem Weg zu erreichen? Was sei geplant, wenn die 2,2 Mrd. Euro nicht dazu führen sollten, die Klimaschutzziele zu erreichen? Welche ordnungspolitischen Maßnahmen würden dann erlassen?

Christian Zander (CDU) stellt klar, dass die 2,2 Mrd. Euro auch durch den Finanzsenator Evers bestätigt worden seien. Die Behauptung, dass nicht in den Klimaschutz investiert werde, sei falsch, ignoriere die anderen Maßnahmen und müsse daher wiederholt richtiggestellt werden.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass der Senat keine Anhaltspunkte sehe, dass mit den ausgeführten Maßnahmen und bereitgestellten Mitteln die Klimaschutzziele nicht erreicht würden.

Titel 54121 – Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

Ansatz 2026:	3.674.000
Ansatz 2027:	3.545.000

VE 2026:	3.000.000
VE 2027:	3.000.000

Änderungsantrag Nr. 2 AfD-Fraktion

2026:	- 2.500.000
2027:	- 2.400.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Die Maßnahmen „Veranstaltungen zu Klimabildung“ und „Green-Planet-Berlin – Forschungslabor“ sind nicht zielführend und daher auch nicht zu finanzieren. Maßnahmen zur Klimaanpassung und Energieeinsparung sind sinnvoll, aber mit deutlich weniger Mitteleinsatz erreichbar.

Weitere Maßnahmen die auf Grund der gegenseitigen Deckungsfähigkeit in den Titeln 89136, 89236, 89336 und 89436 verausgabt werden könnten, sind wenig zielführend, daher Kürzung des Gesamtansatzes.“

Alexander Bertram (AfD) erläutert, dass gekürzt werden könne, da im Titel vieles enthalten sei, das keine Kernaufgabe darstelle. Im Haushalt müsse priorisiert werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion Die Linke

2026:	+ 550.000
2027:	+ 550.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Mehr für Weiterführung des Bauinformationszentrums

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

In 2026 und 2027 sind jeweils 550.000 Euro für das Bauinformationszentrum Berlin zu verwenden.“

Dr. Michael Efler (LINKE) unterstreicht, dass das BAUInfo weiterhin finanziert werden solle. Es sei für die Beratung zur Umsetzung der Wärmeplanung wichtig.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) teilt mit, dass der Änderungsantrag unterstützt werde. Das BAUInfo fange gerade an, bekannter zu werden. Es sei nicht sinnvoll, es nun unter einem neuen Namen neu aufzusetzen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	+ / - 0
-------	---------

2027: + / - 0

VE 2026: + / - 0

VE 2027: + / - 0

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Mit bloßer Erstellung von Plänen und Strategien sind die Berliner Klimaziele, insbesondere das Klimaziel 2030, nicht zu erreichen.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Die Titelerläuterung wie folgt ergänzen (zweimal „und Umsetzung“ einfügen):

Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung von Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende insbesondere in Bezug auf das EWG Bln, das Klimaanpassungsgesetzes (KAnG) und das Wärmeplanungsgesetzes (WPG). Dazu gehören insbesondere Ausgaben zur Entwicklung und Umsetzung einer Klimaanpassungsstrategie unter Berücksichtigung der Klimarisikoprüfung nach § 10 KAnG zur Erstellung und Umsetzung eines Klimaplanes in Fortschreibung des aktuellen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms, sowie zur Erstellung und Umsetzung der gesamtstädtischen Wärmeplanung.“

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) führt aus, dass die Klimaschutzziele mit diesem Haushalt verfehlt würden. Daher solle die Erläuterung dahin präzisiert werden, dass es vor allem um die Umsetzung gehe.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ teilt mit, dass aufgrund der zu erwartenden Überziehung der Sitzungszeit eine kurze Pause gemacht werde.

Dr. Michael Efler (LINKE) beantragt, die Sitzungszeit bereits jetzt über 13 Uhr hinaus zu verlängern.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ teilt mit, dass dies erst um 13.00 Uhr möglich sei.

[Unterbrechung der Sitzung von 12.22 bis 12.30 Uhr]

MG 03

Titel 88308 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung 2 –BENE 2- (Förderperiode 2021-2027) –

Ansatz **2026:** 17.661.000

Ansatz **2027:** 8.753.000

VE 2026	17.661.000
VE 2027	8.753.000

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	+ / - 0
2027:	+ / - 0

VE 2026 + / - 0

VE 2027 + / - 0

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Das Programm soll fortgeführt werden. Die Bewilligung neuer Projekte soll ermöglicht werden.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

In der Titelerläuterung den Satz löschen:

„Die Ansätze dienen der Ausfinanzierung bewilligter mehrjähriger Projekte.““

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) erläutert, dass die geänderte Erläuterung unterstreichen solle, dass BENE 2 fortgesetzt werde. Viele Projekte der Zivilgesellschaft seien darauf angewiesen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 68478 – Zuschüsse an gemeinnützige Einrichtungen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

Ansatz 2026:	189.000
Ansatz 2027:	1.000

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion Die Linke

2026:	+ 330.000
2027:	+ 430.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

In 2026 wird die Wärmeplanung für Berlin veröffentlicht. Insbesondere in Prüfgebieten ist eine Unterstützung für kollektive Nahwärmelösungen erforderlich. Daher sollen Nutzer-Genossenschaften, die sich idealerweise um einen öffentlichen Ankerkunden bilden, bei der Erstellung von Konzepten unterstützt werden.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Ergänzung in Erläuterung:

In 2026 sind 100.000 und in 2027 200.000 zur „Unterstützung der Erstellung von Wärmeversorgungskonzepten für Energiegenossenschaften in Prüfgebieten der Wärmeplanung“ vorgesehen.

230.000 sind in den Jahren 2026 und 2027 für das Projekt „ZuHaus in Berlin“ vorgesehen.“

Dr. Michael Efler (LINKE) erläutert, dass die Änderung nötig sei, um Beratungen für Nahwärmekonzepte anbieten zu können.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) stimmt zu, dass es wichtig sei, Nahwärmekonzepte zu fördern. Seine Fraktion werde im Hauptausschuss Änderungsanträge für das BEK und BENE 2 stellen, um dafür Mittel bereitstellen zu können.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integrativer Umweltschutz –

Neuer Titel – Entgelt für die Entnahme von Oberflächengewässer –

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion Die Linke

2026:

2027: + 3.000.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Einnahmeseitige Stärkung des Haushalts.

Einführung eines Entgelts für die Entnahme von Oberflächenwasser analog zu 13 der 16 deutschen Bundesländer, die Wasserentnahmeentgelte für die Entnahme von Oberflächenwasser erheben. Ab 2027. Im Jahr 2026 Vorbereitung für die Einführung durch Novellierung des Berliner Wassergesetzes.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Die Einnahmen sind geschätzt.

c) Haushaltsvermerke

Berichtspflicht:

Dem Hauptausschuss und dem für Umwelt zuständigen Ausschuss sind zum 31.01.2026 und zum 31.07.2026 über die Novellierung des Berliner Wassergesetzes (Referentenentwurf, Senatsentwurf) zu berichten.“

Franziska Leschewitz (LINKE) erläutert, dass Einnahmen über Oberflächenwasserentnahmegebühren generiert werden könnten. – Plane der Senat dies?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) antwortet, dass derzeit eine Novelle des Berliner Wassergesetzes mit Einführung einer Oberflächenwasserentnahmegebühr erarbeitet werde. Die Höhe sei noch nicht konkretisiert. Das hänge auch mit Überlegungen des Bundes zusammen, Entnahmeentgelte über das Wasserhaushaltsgesetz zu regulieren.

Franziska Leschewitz (LINKE) bittet, dass eine regelmäßige Berichterstattung dazu im Fach- und dem Hauptausschuss eingerichtet werde.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) sichert zu, Berichte zu erstellen, wenn diese erbeten werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Neuer Titel – Schwammstadt: Maßnahmen zur Regenwasserversickerung, Grundwasserneubildung und Verbesserung des Mikroklimas –

Ansatz **2026:** -
Ansatz **2027:** -

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion Die Linke

2026: + 1.000
2027: + 1.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Mit einem neuen Titel Schwammstadt zur wassersensiblen Siedlungsentwicklung, Regenwasserversickerung, Grundwasserneubildung und Verbesserung des Mikroklimas (Schwammstadt) können Akteure Mittel erhalten. Sowohl für die Konzeption und Steuerung als auch für die bauliche Umsetzung.

Dies ist ein haushaltstechnischer Platzhalter, um diesen ggf. nach den Gesprächen mit den BWB abrufen zu können.“

Franziska Leschewitz (LINKE) bittet, dem Antrag zuzustimmen. Das wichtige Thema Schwammstadt brauche einen eigenen Titel.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Bericht Nr. 130, Abwasserabgabe

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, ob geplant sei, die Abgabe, die seit 2002 nicht mehr angepasst worden sei, zu erhöhen.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass das derzeit nicht geplant sei. Auf der EU- und Bundesebene gebe es Ansätze, die kommunale Abwasserrichtlinie anzupassen, was wahrscheinlich zu Änderungen führen werde.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet um Auskunft, ob die Verursacher von Stoffen, die die vierte Reinigungsstufe bei Klärwerken erforderlich machten, bei der Finanzierung herangezogen würden. – Welche Mengen und Nutzungen seien beim geplanten Oberflächenwasserentnahmeentgelt entgeltfrei?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) bejaht, dass die kommunale Abwasserrichtlinie die Herstellerverantwortung vorsehe. Die Umsetzung scheitere aber noch am Widerstand der Industrie. – Die Umsetzung eines Oberflächenwasserentnahmeentgelts sei noch nicht konkretisiert. Derzeit laufe die Prüfung, wer das wie Wasser nutze und welche Auswirkungen ein Entgelt habe. Beispielsweise müsse berücksichtigt werden, dass auch die Bezirke Oberflächenwasser für die Bewässerung von Grünflächen nutzten. Hier sei ein Entgelt nicht sinnvoll.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz 2026:	3.067.000
Ansatz 2027:	7.620.000
VE 2026:	6.100.000
VE 2027:	1.050.000

June Tomiak (GRÜNE) bittet um Erläuterung, warum die Maßnahmen am Hochwasserwarnsystem Panke und dem Niederschlagsvorhersagesystem abgeschlossen seien. Sei 2026/2027 keine Wartung notwendig? – Was seien die weiteren Schritte bei den Überlegungen zur Oderwasserüberleitung im Kontext des Masterplans Wasser? – Seien 2026/2027 keine Beteiligungsformate für den Masterplan Wasser geplant?

Olaf Schenk (CDU) erläutert zum Änderungsantrag der Koalition, dass der Koalition die Themen Blue Community, Schwammstadt und Grundwasser wichtig seien. Die für das Grundwassermanagement zuständige BWB solle mit 1,25 Mio. Euro gestärkt werden.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass die genannten Messsysteme wahrscheinlich ins laufende Messnetz der SenMVKU übergegangen seien und daher nicht mehr als eigener Posten auftauchten. Sie werde genauere Informationen nachliefern. – Beim Masterplan Wasser solle es weiterhin eine Beteiligung geben, aber es sei eine andere Form nötig. – Zu der Oderwasserüberleitung müsse erläutert werden, dass alle Maßnahmen im Rahmen des Wasserwirtschaftssystems der Spree schon jetzt mit Brandenburg und Sachsen gemeinsam durchgeführt würden. Es sei eine gemeinsam finanzierte Geschäftsstelle aufgebaut worden, in der neben organisatorischen Aufgaben vor allem drei Stellen finanziert würden, die Modelle erstellten und das System steuern sollten.

Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion

2026:	+/- 0
2027:	- 500.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Eine Kostensenkung könnte durch die Nutzung bestehender geologischer Daten sowie technologischer Fortschritte erreicht werden durch verbesserte Bohrmethoden, wie beispielsweise automatisierte Bohrsysteme oder effizientere Bohrköpfe.

Zudem könnten Kooperationen mit Forschungsinstituten die Kosten für die Bohrung teilweise kompensieren. All diese Maßnahmen unterstützen die Effizienz der Investition, ohne die Qualität der wissenschaftlichen Erkenntnisse oder die Erfolgsaussichten der Bohrung zu beeinträchtigen.“

Alexander Bertram (AfD) führt aus, dass bei der Wärmewende eine Effizienzsteigerungen möglich sei, daher werde der Ansatz reduziert.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Die Linke

2026: + 15.000

2027: + 15.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Der Ansatz zur Entsiegelung dient dem Hitzeschutz und wird unter Berücksichtigung der Konsolidierungsanstrengungen und des Hitzeaktionsplans des Senats im bisherigen Volumen fortgeführt.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nr. 16: Entsiegelung:

2026: 150.000 €

2027: 150.000 €“

Franziska Leschewitz (LINKE) erläutert, dass für den Hitzeschutz die Entsiegelung gestärkt werden müsse.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: +/- 0

2027: + 1.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Merkansatz aufrechterhalten.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Änderung der Tabelle:

Nr. 14. Maßnahmen im Rahmen der Blue Community

Ansatz 2026: 1.000

Ansatz 2027: 1.000“

June Tomiak (GRÜNE) erläutert, dass der Änderungsantrag ihrer Fraktion zurückgezogen werde, weil der Änderungsantrag der Koalition für die Blue Community weitreichender sei.

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1.505.000

2027: + 1.505.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Rücknahme von Kürzungen, mehr für Grundwassermanagement.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Die folgenden Teilansätze werden wie folgt neu gefasst:

TA 5: Beprobung des Grundwassers...

2026: 100.000

2027: 100.000

TA 12: Verstetigung und Ausweitung von Pilotprojekten zum lokalen
Grundwassermanagement

2026: 1.250.000

2027: 1.250.000

TA 14: Maßnahmen im Rahmen der Blue Community

2026: 31.000

2027: 30.000

TA 18: Schwammstadt

2026: 370.000

2027: 370.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu.

Bericht Nr. 139

Titel 54031 – Beseitigung von Bodenverunreinigungen –

June Tomiak (GRÜNE) greift auf, dass der Bericht ausführe, dass bei allen Maßnahmen, die aus dem Titel finanziert würden, Dritte als Verantwortliche festgestellt worden seien. Was mache der Senat, um die Ausgaben erstattet zu bekommen?

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) erläutert, dass wo möglich versucht werde, Störer zu belangen. Dazu seien aber oft gerichtliche Verfahren notwendig, sodass sich die Einnahmen erst im Nachgang abbildeten.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Ansatz 2026:	1.106.000
Ansatz 2027:	1.106.000

Änderungsantrag Nr. 13 Fraktion Die Linke

2026:	+ 1.000
2027:	+ 1.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Nr. 8: Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und –spender:

Trinkwasserbrunnen als Hitzeschutz-Maßnahme: Einstieg in 1360 neue Brunnen mit Wasser auf Knopfdruck oder Versickerungsfunktion, orientiert an der 2-Millionen-Stadt Wien mit 1.600 öffentlichen Trinkbrunnen.

Dies ist ein haushaltstechnischer Platzhalter, um diesen ggf. nach den Gesprächen mit den BWB abrufen zu können.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nr. 8: Aktionsprogramm Trinkwasserbrunnen und -spender:

2026: 1.000 € (haushaltstechnischer Platzhalter, um diesen ggf. nach den Gesprächen mit den BWB abrufen zu können.)

2027: 1.000 € (haushaltstechnischer Platzhalter, um diesen ggf. nach den Gesprächen mit den BWB abrufen zu können.)“

Franziska Leschewitz (LINKE) führt aus, dass es den Bedarf gebe, die Anzahl der Trinkwasserbrunnen zu erhöhen – Was sei der Stand der Gespräche mit den BWB diesbezüglich?

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass mit den BWB nur darüber gesprochen werde, zukünftig für Trinkwasserbrunnen einen niedrigeren Standard zu nutzen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Bericht Nr. 144

Titel 89101 – Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe für Gewässergütemaßnahmen für besseren Gewässerschutz –

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet um Auskunft, wann in die blau-grüne Infrastruktur und das Gewässergüteprogramm investiert werde. Durch die Kürzungen bei den Gewässergütemaßnahmen müssten acht Projekte gestoppt werden. – Welche umweltpolitischen Projekte seien für das Sondervermögen des Bundes angemeldet worden?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ beantragt, die Sitzung um 30 Minuten zu verlängern.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass unter der gegenwärtigen Haushaltslage eine Finanzierung der Maßnahmen nicht möglich sei. – Die Liste über die Anmeldungen liege ihr gerade nicht vor.

Bericht Nr. 146, Abschluss Kapitel 0720, Personalausgaben

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, ob geplant sei, die Personalstelle der Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der WRRL wieder einzustellen und wo dies veranschlagt sei.

Dr. Birgit Fritz-Taute (SenMVKU) antwortet, dass im anstehenden letzten Bewirtschaftungszyklus der WRRL die Öffentlichkeit wieder beteiligt werden müsse. Es werde geprüft, durch eine Prioritätensetzung mit den vorhandenen Mitteln die Stelle wieder einzurichten. Es sei aber noch unklar, wann dies möglich sei.

Kapitel 0721 – Fischereiamt –

Bericht Nr. 147, Fischereiamt

June Tomiak (GRÜNE) fragt, ob zur Förderung der biologischen Vielfalt nur Aale oder auch andere Fischarten unterstützt würden. An welchen Gewässern sei eine Hegebefischung durchgeführt worden? Habe dies auch auf invasive Arten abgezielt?

Jens Puchmüller (Fischereiamt) erläutert, dass die gesamte Fischfauna gemonitort werde. Die Förderung der biologischen Vielfalt verlange aber eine Priorisierung der Ressourcen im Fischereiamt, daher werde vor allem der Aalbesatz durchgeführt. Kleinere Fischarten würden situationsbedingt gefördert. – Die Hegebefischung finde in Dahme, Spree und Havel statt. Lokale Fischereibetriebe würden zur Gewässergüteverbesserung beauftragt, Massenfischarten zu entnehmen.

June Tomiak (GRÜNE) bittet um Klarstellung, dass alle Titel außer den Fischbestandsuntersuchungen für Aale eingesetzt würden. Gebe es noch einen Titel, mit dem andere Fischarten gefördert werden könnten?

Jens Puchmüller (Fischereiamt) stellt klar, dass mit den Titeln nicht nur der Aalbesatz bezahlt werde. Anteile gingen auch in andere Maßnahmen, die teilweise aber auch in Infrastruktur- und Personalkosten aufgingen.

**Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Tiefbau –**

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –

Ansatz 2026:	30.362.000
Ansatz 2027:	34.614.000

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	- 630.000
2027:	- 740.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Gegenfinanzierung.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Bericht Nr. 152

Titel 52106 – Sanierung Rummelsburger See –

June Tomiak (GRÜNE) greift auf, dass der Bericht ausführe, dass Ausbaumaßnahmen im Sinne der WRRL in Rahmen eines gesonderten Vorhabens vorzusehen seien. Gebe es entsprechende Planungen? – Wann werde geprüft, welche Maßnahmen zur Stärkung der nachhaltigen Wirkung der Sanierungsmaßnahmen im See nötig seien?

Katrin Vietzke (SenMVKU) antwortet, dass die Maßnahmen zur nachhaltigen Wirkung erst nach Abschluss der Sanierungen bestimmt würden. Die Sanierung des Rummelsburger Sees werde noch viele Jahre in Anspruch nehmen. – Für Maßnahmen an den Uferbereichen sei der Bezirk zuständig.

Bericht Nr. 153

Titel 52117 – Ufersanierung –

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, warum im Haushaltsjahr 2025 mit Stand August nur 13 000 Euro verausgabt worden seien.

Katrin Vietzke (SenMVKU) erläutert, dass aufgrund knapper Personalressourcen die Priorität auf die Standsicherheit von Bauwerken gesetzt werden müsse.

Titel 54040 – Bauvorbereitungsmittel –

Ansatz 2026:	25.000.000
Ansatz 2027:	27.000.000

VE 2026:	5.000.000
VE 2027:	5.000.000

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	- 2.000.000
2027:	- 2.000.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Gegenfinanzierung.“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) erläutert, dass die Mittel zur Gegenfinanzierung genutzt werden sollten. Werde die Protokollnotiz umgesetzt, könne sich diese Summe reduzieren.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Bericht Nr. 155

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, warum das Ist so hoch sei, obwohl das Belüftungsschiff in diesem Jahr nicht eingesetzt worden sei.

Katrin Vietzke (SenMVKU) erläutert, dass die Betriebskosten für zum Beispiel technischen Sauerstoff hätten eingespart werden können, aber das Schiff dennoch hätte gewartet werden müssen. – Zur Verstärkung der Gewässerunterhaltung seien Mittel des Titels genutzt worden

**Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Naturschutz und Stadtgrün –**

Titel 52140 – Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege –

Ansatz 2026:	1.950.000
Ansatz 2027:	1.950.000

VE 2026:	1.800.000
VE 2027:	1.800.000

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	+ 500.000
2027:	+ 500.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Hier darf nicht gespart werden. Zusätzliche Finanzmittel werden u.a. für die Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (WVO) sowie für den Moorschutz als wichtigen Bestandteil des natürlichen Klimaschutzes benötigt.“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) vertritt den Standpunkt, dass bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht gekürzt werden solle. Die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur und Moorvernässungen müssten umgesetzt und finanziert werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 52612 – Uferwegekonzept –

Ansatz **2026:** -

Ansatz **2027:** -

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: + 15.000

2027: + 15.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Es soll ein Monitoring zur Umsetzung des Uferwegekonzepts erfolgen.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Titel soll wie folgt geändert werden:

Uferwegekonzept und Monitoring“

June Tomiak (GRÜNE) führt aus, dass der Titel nicht wegfallen solle, da das Uferwegekonzept gemonitort werden müsse.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen –

Ansatz **2026:** 60.000

Ansatz **2027:** 60.000

VE **2026:** 60.000

VE **2027:** 250.000

Änderungsantrag Nr. 14 Fraktion Die Linke

2026: + 100.000

2027: + 100.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Für die Aufrechterhaltung der Beteiligung, insb. des Beteiligungsmodells Tempelhofer Feld.“

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: + 60.000
2027: + 600.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Die Beteiligung der Stadtgesellschaft ist eine wichtige Aufgabe, für die Haushaltsmittel nicht gekürzt werden sollten.“

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Ansatz **2026:** 1.961.000
Ansatz **2027:** 1.963.000

Änderungsantrag Nr. 4 AfD-Fraktion

2026: + 100.000
2027: + 100.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Erhalt und Pflege der Stadtbäume ist zu verbessern, daher ist dieser Punkt mit mehr Finanzmitteln auszustatten.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nummer 12. Dienstleistungsaufträge zur Optimierung der Pflege, Unterhaltung und Entwicklung öffentlicher Grünflächen und Stadtbäume sowie zur Absicherung der Bestandsqualität.

2026: 100.000 €

2027: 100.400 €“

Alexander Bertram (AfD) erläutert, dass seine Fraktion den Fokus auf Stadtbäume setzen wolle.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 15 Fraktion Die Linke

2026: + 265.000
2027: + 265.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Nr. 12: Umsetzung des BäumePlus-Gesetzes durch Fortführung des bisherigen Ansatzes.

Nr. 15: Für mehr biologische Vielfalt wird der Ansatz Umsetzung von Maßnahmen der Biologischen Vielfalt

Berlin verdoppelt.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nr. 12: Dienstleistungsaufträge zur Optimierung der Pflege, Unterhaltung und Entwicklung öffentlicher Grünflächen und

Stadtbäume sowie zur Absicherung der Bestandsqualität

2026: 165.000 €

2027: 165.000 €

Nr. 15: Umsetzung von Maßnahmen der Biologischen Vielfalt Berlin

2026: 300.000 €

2027: 300.000 €

c) Anbringung Haushaltsvermerke“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 12 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: + 165.000

2027: + 165.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Durch Extremwetterereignisse wie Stürme, Starkregen und langanhaltende Hitzeperioden steht das Stadtgrün zunehmend unter Druck. An dieser Stelle zu sparen, wäre eine falsche Entscheidung. Es sollte zumindest die Förderhöhe des vergangenen Doppelhaushaltes beibehalten werden.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Änderung der Tabelle:

Nr. 12. Dienstleistungsaufträge zur Optimierung der Pflege, Unterhaltung und Entwicklung öffentlicher Grünflächen und Stadtbäume sowie zur Absicherung der Bestandsqualität

Ansatz 2026: 165.000

Ansatz 2027: 165.000“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –

Ansatz **2026:** 7.199.000

Ansatz **2027:** 8.304.000

VE **2026:** 5.000.000

VE **2027:** 5.000.000

Änderungsantrag Nr. 5 AfD-Fraktion

2026: + 1.000.000

2027: + 1.000.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Stadtbäume sind wichtig und die Stadtbaumkampagne hilft in einer Kombination aus bürgerschaftlichem Engagement und ergänzenden Steuermitteln dabei unsere Stadt grüner zu machen.

Daher Erhöhung der Ansätze um jeweils 750 Tsd. €

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nummer 1. Aktionsprogramm Schöne Stadt

2026: 5.722.000 €

2027: 6.650.400 €“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 16 Fraktion Die Linke

2026: + 550.000

2027: + 300.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Nr. 2: Aktionsprogramm Urbane Natur:

Für mehr biologische Vielfalt.

Nr. 9: Umsetzung Charta Stadtgrün inkl. Handlungsprogramm:

Für den zunehmenden Bedarf an Klimafolgenanpassung und Resilienzmaßnahmen in Parks und Grünanlagen wird der Ansatz 2026 auf das Vorjahresniveau angehoben und der Ansatz für 2027 um weitere 100.000 € erhöht.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nr. 2: Aktionsprogramm Urbane Natur

2026: 1.658.600 €

2027: 1.658.600 €

Nr. 9: Umsetzung Charta Stadtgrün inkl. Handlungsprogramm

2026: 300.400

2027: 400.000“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 13 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: + 1.640.000

2027: + 1.740.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Beibehaltung zumindest des Status Quo.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Änderung der Tabelle:

Nr. 3. Aktionsprogramm Produktive Landschaft

Ansatz 2026: 618.000

Ansatz 2027: 680.000

Nr. 5. In-Wertsetzung des städtischen Grüns im Hinblick auf die Erfordernisse der wachsenden Stadt und deren Resilienz in Bezug auf neue Anforderungen

Ansatz 2026: 595.000

Ansatz 2027: 725.000

Nr. 6. Handbuch gute Pflege (HGP)

Ansatz 2026: 200.000

Ansatz 2027: 120.000

Nr. 7. Förderung des Naturschutzes und der Erholungsnutzung auf Friedhöfen

Ansatz 2026: 1.000.000

Ansatz 2027: 1.000.000

Nr. 8. Förderung von Hofbegrünung

Ansatz 2026: 110.000

Ansatz 2027: 110.000

Nr. 9. Umsetzung Charta Stadtgrün inkl. Handlungsprogramm

Ansatz 2026: 260.400

Ansatz 2027: 300.000“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) teilt mit, dass seine Fraktion den Änderungsantrag zurückziehe. Die Koalition wolle laut Protokollnotiz dort 6 Mio. Euro bereitstellen.

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 150.000

2027: + 270.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Anteilige Rücknahme Kürzungen.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Die folgenden Teilansätze werden wie folgt neu gefasst:

TA 3: Aktionsprogramm Produktive Landschaft

2026: 618.000

2027: 680.000

TA 5: In-Wertsetzung des städtischen Grüns

2026: 445.000

2027: 445.000

c) Anbringung Haushaltsvermerke“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion ohne Aussprache zu.

Titel 54108 – Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes

–

Ansatz **2026:** -
Ansatz **2027:** -

Änderungsantrag Nr. 17 Fraktion Die Linke

2026: + 3.250.000
2027: + 3.250.000

„Kapitel 0750/Titel 54108 „Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes“.

a) Begründung zum Änderungsantrag

Für Pflegemaßnahmen zur Verbesserung des Baumbestandes sowie Sanierungen von Baumstandorten (Bodenaustausch und -verbesserung).“

Franziska Leschewitz (LINKE) merkt an, dass es selbsterklärend sei, dass mehr Geld für Bäume gefordert werde.

Benedikt Lux (GRÜNE) kündigt an, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthalten werde, weil die Mittel nicht ausreichen. Die Opposition müsse nicht die Arbeit der Koalition machen.

Christian Zander (CDU) weist hin, dass in der Protokollnotiz der Koalition eine Stärkung vorgesehen sei.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

Ansatz **2026:** 1.935.000
Ansatz **2027:** 1.925.000

VE **2026:** 0
VE **2027:** 0

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 335.000
2027: + 335.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Die folgenden Teilansätze werden wie folgt neu gefasst:

TA 2: Ersatz von Ausgaben im Zusammenhang

a) mit der Beratung und Koordinierung zum Umgang mit hilflosen Wildtieren in Berlin sowie für den Wildtierschutz

2026: 250.000

2027: 250.000

TA 8: Ersatz von Ausgaben im Zusammenhang mit dem Pilotprojekt

für die bestäuberfreundliche Stadt

2026: 480.000

2027: 480.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion ohne Aussprache zu.

Bericht Nr. 190

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft –

Ansatz 2026:	2.446.000
Ansatz 2027:	2.348.000
VE 2026:	3.000.000
VE 2027:	-

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, wie der Senat die Kürzungen angesichts der angemeldeten Bedarfe der Bezirke rechtfertige. Warum reduziere sich der Bedarf beim Kleingewässerprogramm 2027 auf 600 000 Euro, obwohl der Ansatz 2026 noch 5 Mio. Euro betrage.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass die Bezirke für 2027 nicht mehr angemeldet hätten.

Änderungsantrag Nr. 6 AfD-Fraktion

2026:	+ 195.000
2027:	+ 190.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Das Kleingewässerprogramm benötigt mehr Geld, um diese für Berlin wichtigen „blauen Perlen“ zu erhalten, wo erforderlich wiederherzustellen und zu pflegen. Daher Erhöhung des Ansatzes zum Kleingewässerprogramm.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nummer 6 „Kleingewässerprogramm“

2026: 1.000.000 €

2027: 1.000.000 €“

Alexander Bertram (AfD) unterstreicht, dass in die Kleingewässer mehr investiert werden müsse.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion Die Linke

2026: + 700.000

2027: + 700.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Nr. 1: Aktionsprogramm Urbane Natur:

Für mehr biologische Vielfalt.

Nr. 5: Nr. 5 Förderung von Hofbegrünung:

Die Zuschüsse für Hofbegrünung werden weiter ausgereicht.

Nr. 6: Kleingewässerprogramm

Aufstockung, weil Bezirke höheren Bedarf gemeldet haben.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nr. 1: Aktionsprogramm Urbane Natur:

2026: 1.490.000

2027: 1.430.000

Nr. 5 Förderung von Hofbegrünung:

2026: 100.000 €

2027: 100.000 €

Nr. 6: Kleingewässerprogramm:

2026: 1.005.700 €

2027: 1.110.000 €

c) Anbringung Haushaltsvermerke“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 14 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: + 200.000

2027: + 200.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Unter anderem zur Förderung der Projekte des Urban Gardening:

Das Programm kommt bei vielen ehrenamtlichen Berliner*innen sowie bei gemeinnützigen Trägern gut an. Es soll mindestens der Status Quo bewahrt werden.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Änderung der Tabelle:

Nr. 5. Förderung von Hofbegrünung

Ansatz 2026: 200.000

Ansatz 2027: 200.000“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) teilt mit, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion zurückgezogen werde. Die Koalition stelle ebenfalls einen Änderungsantrag.

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 2.500.000

2027: + 2.500.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Anteilige Rücknahme Kürzungen.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Die folgenden Teilansätze werden wie folgt neu gefasst:

TA 1: Aktionsprogramm Urbane Natur

u.a. für Projekte „Artenschutz am Gebäude“ sowie „Hymenopterendienst“

2026: 1.590.000

2027: 1.530.000

TA 6: Kleingewässerprogramm

2026: 2.805.700

2027: 2.811.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion ohne Aussprache zu.

Titel 68501 – Zuschüsse an die Stiftung Naturschutz –

Ansatz 2026:	6.500.000
Ansatz 2027:	6.720.000
VE 2026:	26.880.000
VE 2027:	26.880.000

Änderungsantrag Nr. 15 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026:	+ 1.000.000
2027:	+ 1.000.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Die Stiftung Naturschutz Berlin (SNB) übernimmt zahlreiche Aufgaben, die in anderen Bundesländern von den jeweiligen Landesämtern für Umwelt wahrgenommen werden. Aufgrund gestiegener Tarifikosten sollte die SNB höhere Mittel aus dem Berliner Haushalt erhalten, als im aktuellen Haushaltsentwurf vorgesehen sind.“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) zeigt sich erfreut, dass die Koalition die Stiftung Naturschutz mit 1,5 Mio. Euro stärken wolle. Der Änderungsantrag seiner Fraktion werde daher zurückgezogen.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

Ansatz 2026:	5.185.000
Ansatz 2027:	5.300.000
VE 2026:	3.600.000
VE 2027:	2.255.000

June Tomiak (GRÜNE) bittet, dass zum 2026 geplanten Schwerpunkt des Managements des Waschbärvorkommens ausgeführt werden solle. Komme das Modellprojekt der Reduzierung der Population durch Kastration nun doch?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) antwortet, dass das Sterilisationsprogramm weiter berücksichtigt, aber mit den Berliner Forsten auch der Entnahmedruck auf die Population erhöht werde.

June Tomiak (GRÜNE) fragt nach, ob nur mit den Berliner Forsten zusammengearbeitet werde.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) antwortet, dass die Berliner Stadtjäger eingebunden seien.

Änderungsantrag Nr. 19 Fraktion Die Linke

2026: + 20.000

2027: + 20.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Stärkung der Umweltbildung.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nr. 15:

NIRGENDWO als innerstädtisches Bildungs- und

Erlebniszentrum, BUND Landesverband Berlin e.V.

2026: 102.000 €

2027: 107.800 €“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 16 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

2026: + 65.000

2027: + 75.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Der Bedarf an der Naturschutzarbeit, vor allem in Naturbildung, hat zugenommen. Daher sollte hier nicht gekürzt, sondern die Förderhöhe der vergangenen Haushalte beibehalten werden.

Bei den Projekten der BNE darf nicht gekürzt, sondern aufgestockt werden. Sie ist ein wichtiges Querschnittsthema.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Änderung der Tabelle:

Lfd. Nr. 7: Projekte der Naturschutzarbeit

Ansatz 2026: 100.000

Ansatz 2027: 101.600

Lfd. Nr. 17: Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ansatz 2026: 40.300

Ansatz 2027: 40.000“

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) appelliert, die Kürzungen im Programm Bildung für nachhaltige Entwicklung und den Projekten der Naturschutzarbeit zurückzunehmen. Es sei nur ein geringer Betrag im Haushalt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 28.000

2027: + 22.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Rücknahme Kürzung.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Der folgende Teilansatz wird wie folgt neu gefasst:

TA 15: NIRGENDWO als innerstädtisches Bildungs- und Erlebniszentrum, BUND Landesverband Berlin e.V.

2026: 110.000

2027: 110.000“

Christian Zander (CDU) erläutert, dass auch die die Koalition Nachsteuerungsbedarf sehe. Die Bildungsprojekte seien wichtig.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ beantragt, dass die Sitzung um weitere 30 Minuten verlängert werde.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Titel 89341 – Zuschüsse für Investitionen des Kleingartenwesens –

Ansatz **2026:** 1.000

Ansatz **2027:** 1.000

VE **2026:** 0

VE **2027:** 500.000

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 300.000

2027: + 300.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Anteilige Rücknahme Kürzung.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion ohne Aussprache zu.

Titel 89482 – Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft – (neu)

Ansatz **2026:** 897.000
Ansatz **2027:** 397.000

VE **2026:** 397.000
VE **2027:** 897.000

Änderungsantrag Nr. 7 AfD-Fraktion

2026: + 150.000
2027: + 650.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Weitere Investitionen in grüne Dächer verbessert das Stadtklima, die Verteilung und die Rückhaltung von Regenwasser, daher Aufstockung der Mittel um 100 Tsd. € bzw. 600 Tsd. € p.a.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nummer 1. Förderprogramm GründachPLUS

2026: 1.000.000 €

2027: 1.000.000 €“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 20 Fraktion Die Linke

2026: + 103.000
2027: + 103.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Für mehr biologische Vielfalt wird der Ansatz auf das Niveau von 2025 angehoben.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nr. 2 Implementierung der Fortschreibung der Strategie

zur Bio. Vielfalt

2026: 150.000 €

2027: 150.000 €“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: +/- 0

2027: + 500.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Rücknahme Kürzung.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Die folgende Teilansatz wird wie folgt neu gefasst:

TA 1: Förderprogramm GründachPLUS

2026: 850.000

2027: 850.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion ohne Aussprache zu.

Titel 68241 – Zuschüsse zur Umsetzung der Kompensationsstrategie –

Ansatz **2026:** 350.000

Ansatz **2027:** 350.000

VE **2026:** -

VE **2027:** 5.446.000

Änderungsantrag Nr. 21 Fraktion Die Linke

2026: - 150.000

2027: - 150.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Im Zusammenhang mit der Realisierung von gesamtstädtischen Wohnungsbauprojekten verzögern sich die Verfahren, insbesondere die hierfür erforderlichen Entwidmungen von Bahnflächen und Bebauungsplanungsverfahren. Dies bezeugen die geringen Abflüsse und der Bericht (komplexe und multifaktorielle Abhängigkeiten“; „Wiederholte Verschiebungen des Maßnahmenbeginns“). Im Übrigen sind die Aus-

gaben und Verpflichtungsermächtigungen im Kapitel 0750, Maßnahmengruppe 02 untereinander deckungsfähig und deckungsberechtigt.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 70118 – Umsetzung von investiven Kompensationsmaßnahmen –

Ansatz 2026:	2.249.000
Ansatz 2027:	5.723.000

VE 2026:	3.427.000
VE 2027:	6.233.000

Änderungsantrag Nr. 22 Fraktion Die Linke

2026:	- 1.000.000
2027:	- 1.000.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Geringerer Bedarf, da sich städtebauliche Projekte, für die eine Kompensation erforderlich wird, verzögern.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Bericht Nr. 208

Titel 68203 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH –

Ansatz 2026:	51.845.000
Ansatz 2027:	52.358.000

VE 2026:	52.358.000
VE 2027:	52.358.000

Benedikt Lux (GRÜNE) greift auf, dass aufgrund der Kürzungen in diesem und den vorherigen Haushalten bei der Grün Berlin GmbH nun auch Parkschließungen und die Nichtvollendung bereits begonnener Projekte drohten. Habe der Senat mit der Grün Berlin Gespräche über die Auswirkungen der Kürzungen geführt?

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) kritisiert, dass erneut bei der Grün Berlin gekürzt werden solle. Die Grün Berlin sei unter Rot-Rot aufgebaut worden und leiste gute Arbeit. Die Kürzungen seien unverantwortlich.

Dr. Michael Efler (LINKE) wendet ein, dass die Situation genau geprüft worden sei. Der Änderungsantrag seiner Fraktion stelle keine Kürzung dar, da der Ansatz noch über dem Ist 2024 liege. Es werde kein Projekt ernsthaft gefährdet.

Alexander Bertram (AfD) stimmt zu, dass die Kürzungen unverantwortlich seien. Die Grün Berlin versuche, mit dem verbleibenden Budget Schadensersatzforderungen abzuwenden und

die Kofinanzierung der Projekte sicherzustellen. Dies sei durch die Kürzungen weiter gefährdet. Es sei keine gute Politik, nur anhand der Größe eines Titels zu beurteilen, ob dort gekürzt werden könne. Die Grün Berlin müsse eigentlich sogar gestärkt werden.

Benedikt Lux (GRÜNE) erinnert, dass seine Frage noch offen sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass es einen steten Austausch zwischen der Senatsverwaltung und der Grün Berlin GmbH gebe.

Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion Die Linke

2026: - 1.845.000
2027: - 2.358.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Gegenfinanzierung.

Die geringere Bezuschussung der Parkanlagen, Freiräume und Infrastrukturen im Rahmen der Projektförderung folgt haushaltspolitischen Zwängen. Auch die Grün Berlin muss – wie in der Vergangenheit die Straßen- und Grünflächenämter – einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Dass die Grün Berlin hierzu in der Lage ist und prüft, besagt der Bericht. Daher sinkt der Betrag auf 50.000.000/a. Dies liegt noch geringfügig über dem Ist 2024.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: - 1.577.000
2027: - 2.191.200

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Rücknahme Aufwuchs.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion zu.

Titel 89145 – Zuschuss an die Grün Berlin GmbH für Investitionen –

Ansatz **2026:** 16.047.000
Ansatz **2027:** 15.874.000

VE **2026:** 8.874.000
VE **2027:** 22.801.000

Änderungsantrag Nr. 24 Fraktion Die Linke

2026: - 1.550.000
2027: - 3.339.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Gegenfinanzierung. Konsolidierungsbeitrag der Grün Berlin. Die Grün Berlin benötigt für die Investitionsansätze in diesem Titel in Abhängigkeit vom Projektverlauf gar nicht so viel Geld:

Bericht Nr.: 168 (S. 541) Rückzahlungen von Zuwendungen: „Die deutliche Abweichung zwischen Ist und Ansatz in den Jahren 2024 und 2025 ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen nicht verbrauchter Mittel aus Zuwendungen an die Grün Berlin GmbH bzw. die Grün Berlin Stiftung in Höhe von rund 3,0 Mio. Euro in den Vorjahren zurückzuführen.“

TA 6: Der Teilansatz Nr. 6 d) Prozesshafte Fertigstellung (S. 298 des EP 07) ist noch zu unkonkret.

2027: 1.789.000 € entfällt, da er zunächst nicht dringend erforderlich ist.

TA 14: Die Umsetzung des Konzeptes "Schwammstadt" findet mit einem neuen Titel statt. Hier entfällt der Teilansatz 14. Verbesserung der blaugrünen Infrastruktur. Dieser wäre auch zu niedrig angesetzt.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nr. 6d): Prozesshafte Fertigstellung

2026: 0 €

2027: 0 €

Nr. 14: Verbesserung der blaugrünen Infrastruktur

2026: -

2027: -

c) Anbringung Haushaltsvermerke

Nr. 6 b) Spreepark Grundausbau

ist gesperrt bis zur Vorlage des mit dem Aufsichtsrat final abgestimmten Plans für die Bezifferung der endgültigen Eintrittspreise ab Eröffnung des Spreeparks bis ins dritte Jahr der Öffnung.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: - 5.000.000

2027: - 5.000.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Gegenfinanzierung.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion ohne Aussprache zu.

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen –

Ansatz **2026:** 1.453.000

Ansatz **2027:** 1.626.000

VE **2026:** 2.854.000

VE **2027:** 7.425.000

Änderungsantrag Nr. 8 AfD-Fraktion

2026: + 200.000

2027: + 220.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Die Pflege und Instandhaltung bedeutender überbezirklich wichtiger Grünflächen wie Gleisdreieckpark, Mauerpark oder Grünzug an der Panke benötigen ausreichend Mittel, um die Grün Berlin Stiftung in die Lage zu versetzen diese zu realisieren. Daher Aufstockung der Mittel.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion Die Linke

2026: - 453.000

2027: - 626.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Gegenfinanzierung, Konsolidierungsbeitrag: Die Investitionen werden zurückgestellt bzw. zeitlich gestreckt.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten –

Titel 54109 – Mischwaldprogramm –

Ansatz **2026:** 1.200.000

Ansatz **2027:** 1.400.000

Änderungsantrag Nr. 9 AfD-Fraktion

2026: + 800.000
2027: + 600.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Ansätze für das sinnvolle Mischwaldprogramm sollten in der Höhe des Jahres 2025 gesichert und auch maßvoll erhöht werden. Deshalb Erhöhung auf 2 Mio. € p.a.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Änderungsantrag Nr. 26 Fraktion Die Linke

2026: + 200.000
2027: +/- 0

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Da die Evaluierung des Waldumbau-Moratoriums in 2026 stattfindet, ist nur ein geringer Ansatz in 2026 erforderlich.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Ansatz **2026:** 638.000
Ansatz **2027:** 638.000

Änderungsantrag Nr. 27 Fraktion Die Linke

2026: + 762.000
2027: +/- 0

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Zur Finanzierung des Eigenanteils Naturschutzzentrum Ökowerk e.V. für die BENE 2-Förderung in Höhe von ca. 750.000 €

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Zuschüsse an das Naturschutzzentrum

Ökowerk Berlin e. V.

2026: 1.400.000 €

2027: 638.000 €“

Franziska Leschewitz (LINKE) teilt mit, dass der Änderungsantrag zurückgezogen werde, da das Ökowerk bereits wieder unterstützt werde.

Kapitel 0752 – Pflanzenschutzamt –

Keine Änderungsanträge oder Wortmeldungen.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –

Ansatz 2026:	1.821.000
Ansatz 2027:	1.821.000

Änderungsantrag Nr. 28 Fraktion Die Linke

2026:	- 900.000
2027:	- 900.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Die Maßnahme Zaun um den Görlitzer Park entfällt.

b) Titelerläuterung/verbindliche Erläuterungen

Nr. 2: Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen zur Verbesserung bzw. Erhaltung bezirklicher Parkanlagen.

Ansatz 2026: 0 €

Ansatz 2027: 0 €“

Dr. Michael Efler (LINKE) vertritt den Standpunkt, dass der Zaun um den Görlitzer Park Symbolpolitik sei und die Mittel gekürzt werden könnten.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ab.

Bericht Nr. 243

Titel 52132 – Unterhaltung der Brunnenanlagen –

Danny Freymark (CDU) fragt nach, ob die Senatsverwaltung plane, größere Reparaturaufgaben finanziell zu übernehmen. Kleinere Reparaturen würden durch die BWB oder die Senatsverwaltung übernommen, während für größere Reparaturen der Bezirk zuständig sei.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) teilt mit, dass die Frage nachträglich beantwortet werde.

Titel 52136 – Anteil an der Straßenreinigung –

Ansatz **2026:** 1.000
Ansatz **2027:** 1.000

Änderungsantrag Nr. 29 Fraktion Die Linke

2026: + 60.000
2027: + 60.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Mehr an die Bezirke – anstelle eines haushaltssymbolischen Ansatzes – um Berlin sauber zu kriegen und mehr der erfolgreichen BSR-Kieztage organisieren zu können (5.000 €/a. pro Bezirk).“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Ansatz **2026:** 1.650.000
Ansatz **2027:** 1.650.000

Änderungsantrag Nr. 30 Fraktion Die Linke

2026: + 750.000
2027: + 750.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Aufstockung, damit das Aktionsprogramm Sauberes Berlin spürbare Effekte für die Stadtsauberkeit entfaltet. Künftig 200.000 €/a. pro Bezirk.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Danny Freymark (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die Koalition das Aktionsprogramm Sauberes Berlin in der Protokollnotiz aufgegriffen habe und es mit 1,5 Mio. Euro stärken wolle.

Titel 68462 – Zuschüsse im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention –

Ansatz **2026:** -
Ansatz **2027:** -

Änderungsantrag Nr. 31 Fraktion Die Linke

2026: + 1.200.000
2027: + 1.200.000

„a) Begründung zum Änderungsantrag

Wenn der Senat den Hitzeaktionsplan für das Land Berlin ernst nimmt, muss die Kürzung auf null rückgängig gemacht werden. Die Bezirke haben in den letzten Jahren mit den ihnen zugewiesenen Mitteln insbesondere Verschattungen, Kühlmöglichkeiten und die Bereitstellung von Trinkwasser finanziert.“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke ohne Aussprache ab.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten – Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –

Bericht Nr. 249, Sondervermögen (klimaresiliente Infrastruktur)

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt nach, ob jetzt die Liste vorliege, welche umweltpolitische Vorhaben für das Sondervermögen des Bundes angemeldet worden seien.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) antwortet, dass es zeitlich nicht möglich sei, die zu holen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ greift auf, dass die CDU- und SPD-Fraktion einen Entwurf einer Protokollnotiz vorgelegt hätten. Es werde darüber abgestimmt, ob die Notiz zu Protokoll genommen werde oder nicht.

Linda Vierecke (SPD) führt aus, dass der Entwurf des Einzelplan 07 eine finanzielle Schiefelage habe, da viel Geld im Mobilitätsbereich verplant worden sei. Dies solle mit der Protokollnotiz und dann im Hauptausschuss korrigiert werden. Die Notiz sei mit den Mobilitätspolitikern/-innen gemeinsam erarbeitet worden.

Dr. Michael Efler (LINKE) kündigt an, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde, da die Notiz technische Fehler enthalte. Dass bei der Gaslaternenumrüstung und den BVG-Zuweisungen gekürzt werde, um dann in den Klimaschutz zu investieren, bringe keinen zusätzlichen Klimaschutz. Das Vorhaben, Mittel aus dem Sondervermögen zu entnehmen, sei haushaltsrechtlich nicht zulässig und werde im Hauptausschuss abgelehnt werden.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) vertritt den Standpunkt, dass die Umschichtungen aus dem Mobilitätsbereich noch nicht weitgehend genug sei. Unnötige Projekte wie der Schlangenbader Tunnel hätten gekürzt werden können. Daher werde der Notiz nicht zugestimmt.

Danny Freymark (CDU) merkt an, dass es im Mobilitätsbereich noch Verschiebungen geben könne. Wichtig sei, dass die in der Notiz angemeldeten Titel gestärkt würden. – Die in der Sitzung angekündigte Protokollnotiz der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liege noch nicht vor.

Der **Ausschuss** stimmt zu, dem Beschlussprotokoll die von der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion vorgeschlagene Protokollnotiz beizufügen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ hält fest, dass die Berichtsaufträge durch die Sammelvorlage und die mündlichen Beantwortungen erledigt seien.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Hauptausschuss die Annahme der dem Ausschuss überwiesenen Kapitel und Titel des Einzelplans 07 und die Titel des Kapitels 2707 mit Bezug zu Klimaschutz und Umwelt mit den beschlossenen Änderungsanträgen zu empfehlen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.